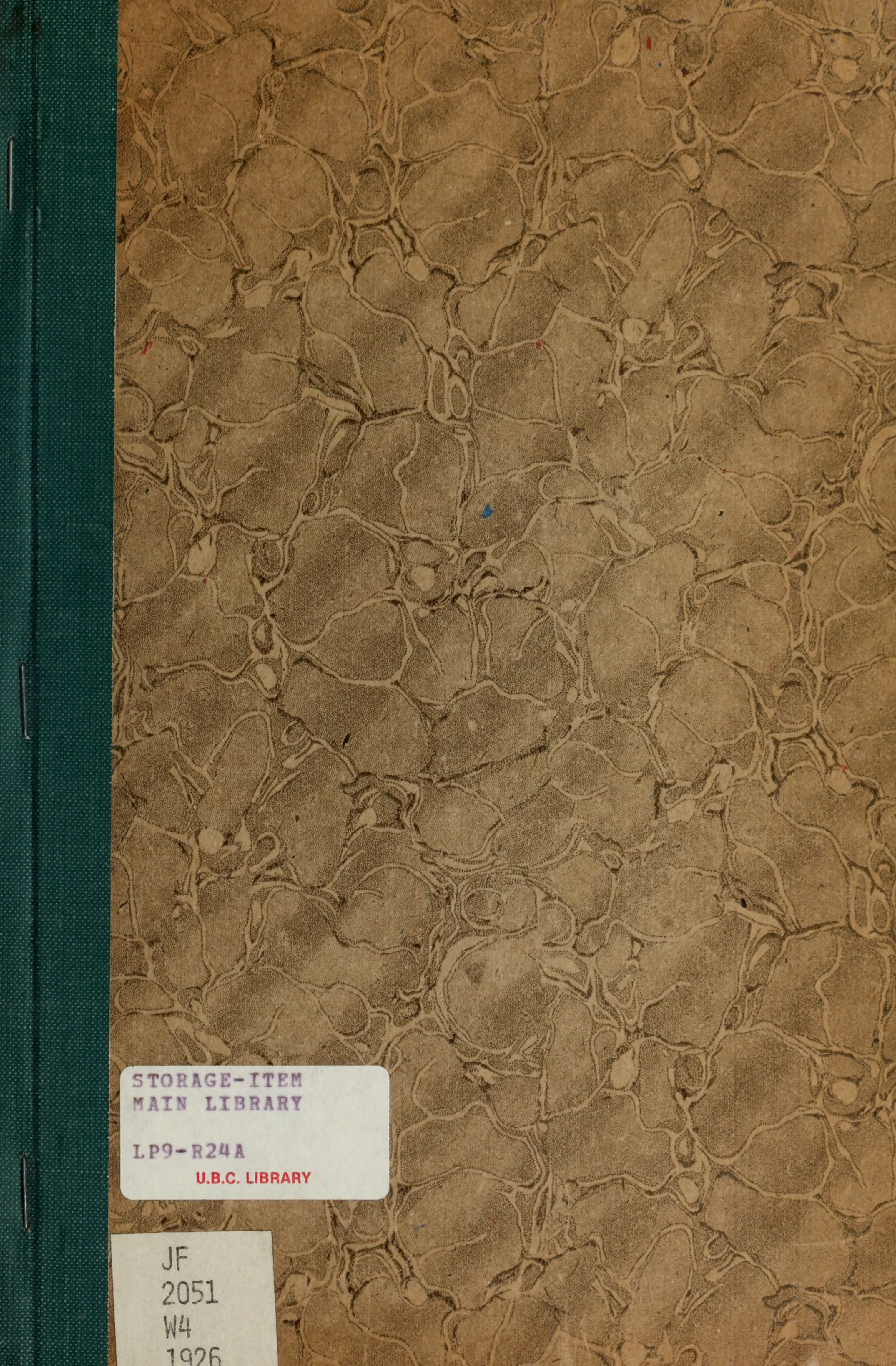


MAX WEBER

Politik als Beruf



ZWEITE AUFLAGE



MÜNCHEN UND LEIPZIG / 1926
VERLAG VON DUNCKER & HUMBLOT

Wissenschaftliche Abhandlungen und Reden zur Philosophie, Politik und Geistesgeschichte

---

I. CARL SCHMITT
o. Professor des Staatsrechts an der Universität Bonn

Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus

2., erweiterte Auflage. Gr. 8°. 90 Seiten. Preis RM. 3.50

II. MAX WEBER
weiland o. Professor der Nationalökonomie an der Universität München

Politik als Beruf

2. Auflage. Gr. 8°. VI, 61 Seiten. Preis RM. 2.50

III. ERICH BECHER
o. Professor der Philosophie an der Universität München

Metaphysik und Naturwissenschaften

Gr. 8°. VIII, 32 Seiten. Preis RM. 2.—

IV. GEORG SIMMEL
weiland o. Professor der Philosophie an der Universität Straßburg

Der Konflikt der modernen Kultur

3. Auflage. Gr. 8°. 28 Seiten. Preis RM. 1.50

V. FRIEDRICH BENDIXEN
weiland Direktor der Hypothekenbank in Hamburg

Das Wesen des Geldes

4. Auflage. VIII, 66 Seiten. Gr. 8°. RM. 3.—

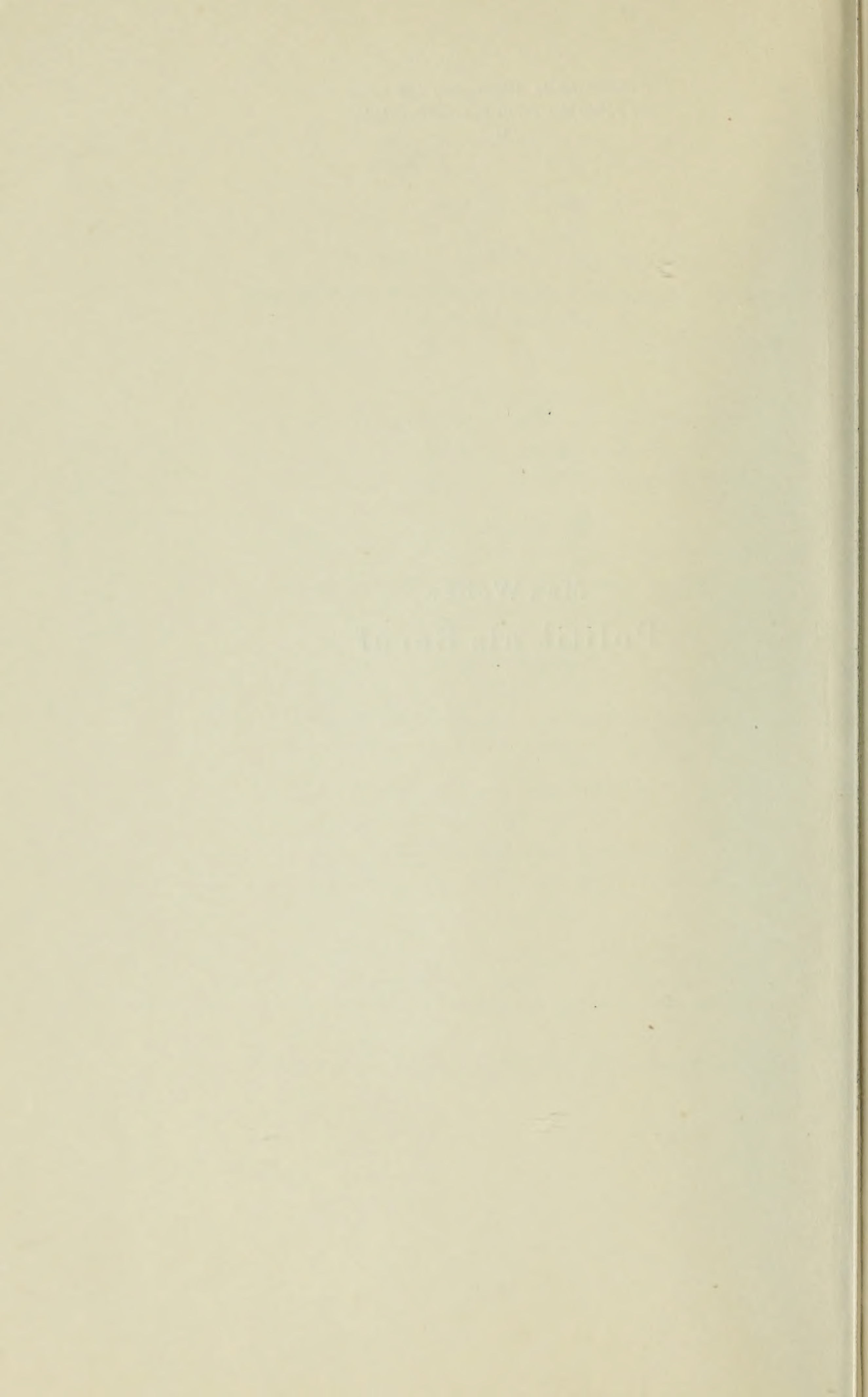
Diese Sammlung will wissenschaftliche Äußerungen programmatischen Inhalts, die ausgereift in Form und Inhalt hohen Anforderungen genügen, in zwangloser Folge bringen

Duncker & Humblot / München / Theresienhöhe 3c

Wissenschaftliche Abhandlungen und Reden
zur Philosophie, Politik und Geistesgeschichte
II

Max Weber

Politik als Beruf



Politik als Beruf

VON

MAX WEBER



ZWEITE AUFLAGE



MÜNCHEN UND LEIPZIG / 1926
VERLAG VON DUNCKER & HUMBLOT



Altenburg, Thür.
Pierersche Hofbuchdruckerei
Stephan Geibel & Co.

Vorbemerkung.

Die Gedanken der umstehenden Schrift wurden auf Veranlassung des Münchner freistudentischen Bundes im Revolutionswinter 1919 als freier Vortrag übermittelt und tragen deshalb noch die Unmittelbarkeit des gesprochenen Wortes an sich. Der Vortrag war, ebenso wie „Wissenschaft als Beruf", Glied eines von mehreren Rednern übernommenen Zyklus, welcher der aus dem Militärdienst entlassenen und von dem Erleben der Kriegs- und Nachkriegszeit tief erregten Jugend als Wegweiser für die verschiedenen, auf geistige Arbeit gegründeten Wirkensformen dienen sollte. Der Redner ergänzte seine Ausführungen nachträglich für den Druck und veröffentlichte sie in der vorliegenden Form zum ersten Male im Sommer 1919.

Heidelberg, im August 1926.

Marianne Weber.

Der Vortrag, den ich auf Ihren Wunsch zu halten habe, wird Sie nach verschiedenen Richtungen notwendig enttäuschen. In einer Rede über Politik als Beruf werden Sie unwillkürlich eine Stellungnahme zu aktuellen Tagesfragen erwarten. Das wird aber nur in einer rein formalen Art am Schlusse geschehen anläßlich bestimmter Fragen der Bedeutung des politischen Tuns innerhalb der gesamten Lebensführung. Ganz ausgeschaltet werden müssen dagegen in dem heutigen Vortrag alle Fragen, die sich darauf beziehen: *welche* Politik man treiben, welche *Inhalte*, heißt das, man seinem politischen Tun geben *soll*. Denn das hat mit der allgemeinen Frage: was Politik als Beruf ist und bedeuten kann, nichts zu tun. — Damit zur Sache!

Was verstehen wir unter Politik? Der Begriff ist außerordentlich weit und umfaßt jede Art selbständig *leitender* Tätigkeit. Man spricht von der Devisenpolitik der Banken, von der Diskontpolitik der Reichsbank, von der Politik einer Gewerkschaft in einem Streik, man kann sprechen von der Schulpolitik einer Stadt- oder Dorfgemeinde, von der Politik eines Vereinsvorstandes bei dessen Leitung, ja schließlich von der Politik einer klugen Frau, die ihren Mann zu lenken trachtet. Ein derartig weiter Begriff liegt unseren Betrachtungen vom heutigen Abend natürlich nicht zugrunde. Wir wollen heute darunter nur verstehen: die Leitung oder die Beeinflussung der Leitung eines *politischen* Verbandes, heute also: eines *Staates*.

Was ist nun aber vom Standpunkt der soziologischen Betrachtung aus ein „politischer" Verband? Was ist: ein „Staat"? Auch er läßt sich soziologisch nicht definieren aus dem Inhalt dessen, was er tut. Es gibt fast keine Aufgabe, die nicht ein politischer Verband hier und da in die Hand genommen hätte, anderseits auch keine, von der man sagen könnte, daß sie jederzeit, vollends: daß sie immer *ausschließlich* denjenigen Verbänden, die man als politische, heute: als Staaten, bezeichnet, oder welche geschichtlich die Vorfahren des modernen Staates waren, eigen gewesen

wäre. Man kann vielmehr den modernen Staat soziologisch letztlich nur definieren aus einem spezifischen Mittel, das ihm, wie jedem politischen Verband, eignet: der physischen Gewaltsamkeit. „Jeder Staat wird auf Gewalt gegründet," sagte seinerzeit Trozkij in Brest-Litowsk. Das ist in der Tat richtig. Wenn nur soziale Gebilde beständen, denen die Gewaltsamkeit als Mittel unbekannt wäre, dann würde der Begriff „Staat" fortgefallen sein, dann wäre eingetreten, was man in diesem besonderen Sinne des Wortes als „Anarchie" bezeichnen würde. Gewaltsamkeit ist natürlich nicht etwa das normale oder einzige Mittel des Staates: — davon ist keine Rede —, wohl aber: das ihm spezifische. Gerade heute ist die Beziehung des Staates zur Gewaltsamkeit besonders intim. In der Vergangenheit haben die verschiedensten Verbände — von der Sippe angefangen — physische Gewaltsamkeit als ganz normales Mittel gekannt. Heute dagegen werden wir sagen müssen: Staat ist diejenige menschliche Gemeinschaft, welche innerhalb eines bsetimmten Gebietes — dies: das „Gebiet", gehört zum Merkmal — das Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit für sich (mit Erfolg) beansprucht. Denn das der Gegenwart Spezifische ist: daß man allen anderen Verbänden oder Einzelpersonen das Recht zur physischen Gewaltsamkeit nur so weit zuschreibt, als der Staat sie von ihrer Seite zuläßt: er gilt als alleinige Quelle des „Rechts" auf Gewaltsamkeit. „Politik" würde für uns also heißen: Streben nach Machtanteil oder nach Beeinflussung der Machtverteilung, sei es zwischen Staaten, sei es innerhalb eines Staates zwischen den Menschengruppen, die er umschließt.

Jeder Herrschaftsbetrieb, welcher kontinuierliche Verwaltung erheischt, braucht einerseits die Einstellung menschlichen Handelns auf den Gehorsam gegenüber jenen Herren, welche Träger der legitimen Gewalt zu sein beanspruchen, und andererseits, vermittelst dieses Gehorsams, die Verfügung über diejenigen Sachgüter, welche gegebenenfalls zur Durchführung der physischen Gewaltanwendung erforderlich sind: den personalen Verwaltungsstab und die sachlichen Verwaltungsmittel.

Das entspricht im wesentlichen ja auch dem Sprachgebrauch. Wenn man von einer Frage sagt: sie sei eine „politische" Frage, von einem Minister oder Beamten: er sei ein „politischer" Beamter,

von einem Entschluß: er sei „politisch" bedingt, so ist damit immer
gemeint: Machtverteilungs-, Machterhaltungs- oder Macht-
verschiebungsinteressen sind maßgebend für die Antwort auf jene
Frage oder bedingen diesen Entschluß oder bestimmen die Tätig-
keitssphäre des betreffenden Beamten. — Wer Politik treibt,
erstrebt Macht, — Macht entweder als Mittel im Dienst anderer
Ziele — idealer oder egoistischer — oder Macht „um ihrer selbst
willen": um das Prestigegefühl, das sie gibt, zu genießen.

Der Staat ist, ebenso wie die ihm geschichtlich vorausgehenden
politischen Verbände, ein auf das Mittel der legitimen (das heißt:
als legitim angesehenen) Gewaltsamkeit gestütztes *Herrschafts-
verhältnis* von Menschen über Menschen. Damit er bestehe, müssen
sich also die beherrschten Menschen der beanspruchten Autorität
der jeweils herrschenden *fügen*. Wann und warum tun sie das?
Auf welche inneren Rechtfertigungsgründe und auf welche äußeren
Mittel stützt sich diese Herrschaft?

Es gibt der inneren Rechtfertigungen, also: der *Legitimitäts-
gründe* einer Herrschaft — um mit ihnen zu beginnen — im Prinzip
drei. Einmal die Autorität des „ewig Gestrigen": der durch un-
vordenkliche Geltung und gewohnheitsmäßige Einstellung auf ihre
Innehaltung geheiligten *Sitte*: „traditionale" Herrschaft, wie sie
der Patriarch und der Patrimonialfürst alten Schlages übten. Dann:
die Autorität der außeralltäglichen persönlichen *Gnadengabe*
(Charisma), die ganz persönliche Hingabe und das persönliche
Vertrauen zu Offenbarungen, Heldentum oder anderen Führer-
eigenschaften eines Einzelnen: „charismatische" Herrschaft, wie sie
der Prophet oder — auf dem Gebiet des Politischen — der gekorene
Kriegsfürst oder der plebiszitäre Herrscher, der große Demagoge
und politische Parteiführer ausüben. Endlich: Herrschaft kraft
„Legalität", kraft des Glaubens an die Geltung legaler *Satzung*
und der durch rational geschaffene Regeln begründeten sachlichen
„Kompetenz", also: der Einstellung auf Gehorsam in der Erfüllung
satzungsmäßiger Pflichten: eine Herrschaft, wie sie der moderne
„Staatsdiener" und alle jene Träger von Macht ausüben, die ihm
in dieser Hinsicht ähneln. — Es versteht sich, daß in der Realität
höchst massive Motive der Furcht und der Hoffnung — Furcht
vor der Rache magischer Mächte oder des Machthabers, Hoffnung

auf jenseitigen oder diesseitigen Lohn — und daneben Interessen verschiedenster Art die Fügsamkeit bedingen. Davon sogleich. Aber wenn man nach den „Legitimitäts"gründen dieser Fügsamkeit fragt, dann allerdings stößt man auf diese drei „reinen" Typen. Und diese Legitimitätsvorstellungen und ihre innere Begründung sind für die Struktur der Herrschaft von sehr erheblicher Bedeutung. Die reinen Typen finden sich freilich in der Wirklichkeit selten. Aber es kann heute auf die höchst verwickelten Abwandlungen, Übergänge und Kombinationen dieser reinen Typen nicht eingegangen werden: das gehört zu dem Problem der „allgemeinen Staatslehre". Uns interessiert hier vor allem der zweite von jenen Typen: die Herrschaft kraft Hingabe der Gehorchenden an das rein persönliche „Charisma" des „Führers". Denn hier wurzelt der Gedanke des Berufs in seiner höchsten Ausprägung. Die Hingabe an das Charisma des Propheten oder des Führers im Kriege oder des ganz großen Demagogen in der Ekklesia oder im Parlament bedeutet ja, daß er persönlich als der innerlich „berufene" Leiter der Menschen gilt, daß diese sich ihm nicht kraft Sitte oder Satzung fügen, sondern weil sie an ihn glauben. Er selbst zwar lebt seiner Sache, „trachtet nach seinem Werk", wenn er mehr ist als ein enger und eitler Emporkömmling des Augenblicks. Seiner Person und ihren Qualitäten aber gilt die Hingabe seines Anhanges: der Jüngerschaft, der Gefolgschaft, der ganz persönlichen Parteigängerschaft. In den beiden in der Vergangenheit wichtigsten Figuren: des Magiers und Propheten einerseits, des gekorenen Kriegsfürsten, Bandenführers, Condottiere anderseits, ist das Führertum in allen Gebieten und historischen Epochen aufgetreten. Dem Okzident eigentümlich ist aber, was uns näher angeht: das politische Führertum in der Gestalt zuerst des freien „Demagogen", der auf dem Boden des nur dem Abendland, vor allem der mittelländischen Kultur, eigenen Stadtstaates, und dann des parlamentarischen „Parteiführers", der auf dem Boden des ebenfalls nur im Abendland bodenständigen Verfassungsstaates gewachsen ist.

Diese Politiker kraft „Berufes" in des Wortes eigentlichster Bedeutung sind nun aber natürlich nirgends die allein maßgebenden Figuren im Getriebe des politischen Machtkampfes. Höchst ent-

cheidend ist vielmehr die Art der Hilfsmittel, die ihnen zur Ver-
ügung stehen. Wie fangen die politisch herrschenden Gewalten
s an, sich in ihrer Herrschaft zu behaupten? Die Frage gilt für
ede Art von Herrschaft, also auch für die politische Herrschaft
n allen ihren Formen: für die traditionale ebenso wie für die legale
ınd die charismatische.

Der Verwaltungsstab, der den politischen Herrschaftsbetrieb
vie jeden anderen Betrieb in seiner äußeren Erscheinung darstellt,
st nun natürlich nicht nur durch jene Legitimitätsvorstellung, von
er eben die Rede war, an den Gehorsam gegenüber dem Gewalt-
aber gekettet. Sondern durch zwei Mittel, welche an das per-
önliche Interesse appellieren: materiellen Entgelt und soziale Ehre.
ehen der Vasallen, Pfründen der Patrimonialbeamten, Gehalt der
ıodernen Staatsdiener, — Ritterehre, ständische Privilegien,
eamtenehre bilden den Lohn, und die Angst, sie zu verlieren,
ie letzte entscheidende Grundlage für die Solidarität des Ver-
altungsstabes mit dem Gewalthaber. Auch für die charismatische
ührerschaft gilt das: Kriegsehre und Beute für die kriegerische,
ie „spoils“: Ausbeutung der Beherrschten durch Ämtermonopol,
olitisch bedingte Profite und Eitelkeitsprämien für die demago-
ische Gefolgschaft.

Zur Aufrechterhaltung jeder gewaltsamen Herrschaft bedarf es
ewisser materieller äußerer Sachgüter, ganz wie bei einem wirt-
chaftlichen Betrieb. Alle Staatsordnungen lassen sich nun danach
iedern, ob sie auf dem Prinzip beruhen, daß jener Stab von
lenschen: — Beamte oder wer sie sonst sein mögen —, auf deren
ehorsam der Gewalthaber muß rechnen können, im eigenen
esitze der Verwaltungsmittel, mögen sie bestehen in Geld, Ge-
äuden, Kriegsmaterial, Wagenparks, Pferden, oder was sonst
nmer, sich befinden, oder ob der Verwaltungsstab von den Ver-
altungsmitteln „getrennt“ ist, im gleichen Sinn, wie heute der
ngestellte und Proletarier innerhalb des kapitalistischen Betriebes
getrennt“ ist von den sachlichen Produktionsmitteln. Ob also der
ewalthaber die Verwaltung in eigener von ihm organisierter
egie hat und durch persönliche Diener oder angestellte Beamte
der persönliche Günstlinge und Vertraute verwalten läßt, welche
icht Eigentümer: Besitzer zu eigenem Recht, der sachlichen

Betriebsmittel sind, sondern vom Herrn darin dirigiert werden, oder ob das Gegenteil der Fall ist. Der Unterschied geht durch alle Verwaltungsorganisationen der Vergangenheit hindurch.

Einen politischen Verband, bei dem die sachlichen Verwaltungsmittel ganz oder teilweise in der Eigenmacht des abhängigen Verwaltungsstabes sich befinden, wollen wir einen „ständisch" gegliederten Verband nennen. Der Vasall z. B. im Lehnsverband bestritt die Verwaltung und Rechtspflege des ihm verlehnten Bezirks aus eigener Tasche, equipierte und verproviantierte sich selbst für den Krieg; seine Untervasallen taten das gleiche. Das hatte natürlich Konsequenzen für die Machtstellung des Herrn, die nur auf dem persönlichen Treubund und darauf ruhte, daß der Lehnsbesitz und die soziale Ehre des Vasallen ihre „Legitimität" vom Herrn ableiteten.

Überall aber, bis in die frühesten politischen Bildungen zurück, finden wir auch die eigene Regie des Herrn: durch persönlich von ihm Abhängige: Sklaven, Hausbeamte, Dienstleute, persönliche „Günstlinge" und aus seinen Vorratskammern mit Natural- und Gelddeputaten entlehnte Pfründner sucht er die Verwaltung in eigene Hand zu bekommen, die Mittel aus eigener Tasche, aus Erträgnissen seines Patrimoniums zu bestreiten, ein rein persönlich von ihm abhängiges, weil aus seinen Speichern, Magazinen, Rüstkammern equipiertes und verproviantiertes Heer zu schaffen. Während im „ständischen" Verband der Herr mit Hilfe einer eigenständigen „Aristokratie" herrscht, also mit ihr die Herrschaft teilt, stützt er sich hier entweder auf Haushörige oder auf Plebejer: besitzlose, der eigenen sozialen Ehre entbehrende Schichten, die materiell gänzlich an ihn gekettet sind und keinerlei konkurrierende eigene Macht unter den Füßen haben. Alle Formen patriarchaler und patrimonialer Herrschaft, sultanistischer Despotie und bureaukratischer Staatsordnung gehören zu diesem Typus. Insbesondere: die bureaukratische Staatsordnung, also die, in ihrer rationalsten Ausbildung, auch und gerade dem modernen Staat charakteristische.

Überall kommt die Entwicklung des modernen Staates dadurch in Fluß, daß von seiten des Fürsten die Enteignung der neben ihm stehenden selbständigen „privaten" Träger von Verwaltungsmacht: jener Eigenbesitzer von Verwaltungs- und Kriegsbetriebsmitteln,

'inanzbetriebsmitteln und politisch verwendbaren Gütern aller Art, ı die Wege geleitet wird. Der ganze Prozeß ist eine vollständige 'arallele zu der Entwicklung des kapitalistischen Betriebs durch llmähliche Enteignung der selbständigen Produzenten. Am Ende ehen wir, daß in dem modernen Staat tatsächlich in einer einzigen pitze die Verfügung über die gesamten politischen Betriebsmittel usammenläuft, kein einziger Beamter mehr persönlicher Eigenimer des Geldes ist, das er verausgabt, oder der Gebäude, Vorräte, Verkzeuge, Kriegsmaschinen, über die er verfügt. Vollständig urchgeführt ist also im heutigen „Staat" — das ist ihm begriffsvesentlich — die „Trennung" des Verwaltungsstabes: der Vervaltungsbeamten und Verwaltungsarbeiter, von den sachlichen Betriebsmitteln. Hier setzt nun die allermodernste Entwicklung ein nd versucht vor unseren Augen die Expropriation dieses Exropriateurs der politischen Mittel und damit der politischen Macht ı die Wege zu leiten. Das hat die Revolution wenigstens insofern eleistet, als an die Stelle der gesetzten Obrigkeiten Führer getreten ind, welche durch Usurpation oder Wahl sich in die Verfügungsewalt über den politischen Menschenstab und Sachgüterapparat esetzt haben und ihre Legitimität — einerlei mit wieviel Recht — om Willen der Beherrschten ableiten. Eine andere Frage ist, ob ie auf Grund dieses — wenigstens scheinbaren — Erfolges mit Recht die Hoffnung hegen kann: auch die Expropriation innerhalb er kapitalistischen Wirtschaftsbetriebe durchzuführen, deren eitung sich trotz weitgehender Analogien im Innersten nach ganz nderen Gesetzen richtet als die politische Verwaltung. Dazu nehmen vir heute nicht Stellung. Ich stelle für unsere Betrachtung nur as rein Begriffliche fest: daß der moderne Staat ein anstaltsnäßiger Herrschaftsverband ist, der innerhalb eines Gebietes die egitime physische Gewaltsamkeit als Mittel der Herrschaft zu nonopolisieren mit Erfolg getrachtet hat und zu diesem Zweck ie sachlichen Betriebsmittel in der Hand seiner Leiter vereinigt, ie sämtlichen eigenberechtigten ständischen Funktionäre aber, ie früher zu Eigenrecht darüber verfügten, enteignet und sich elbst in seiner höchsten Spitze an deren Stelle gesetzt hat.

Im Verlaufe dieses politischen Enteignungsprozesses nun, der ı allen Ländern der Erde mit wechselndem Erfolge spielte, sind,

und zwar zuerst im Dienste des Fürsten, die ersten Kategorien von „Berufspolitikern" in einem zweiten Sinn aufgetreten, von Leuten, die nicht selbst Herren sein wollten, wie die charismatischen Führer, sondern in den Dienst von politischen Herren traten. Sie stellten sich in diesem Kampfe den Fürsten zur Verfügung und machten aus der Besorgung von dessen Politik einen materiellen Lebenserwerb einerseits, einen ideellen Lebensinhalt anderseits. Wieder nur im Okzident finden wir diese Art von Berufspolitikern auch im Dienst anderer Mächte als nur der Fürsten. In der Vergangenheit waren sie deren wichtigstes Macht- und politisches Expropriationsinstrument.

Machen wir uns, ehe wir näher auf sie eingehen, den Sachverhalt, den die Existenz solcher „Berufspolitiker" darstellt, nach allen Seiten unzweideutig klar. Man kann „Politik" treiben — also: die Machtverteilung zwischen und innerhalb politischer Gebilde zu beeinflussen trachten — sowohl als „Gelegenheits"-politiker wie als nebenberuflicher oder hauptberuflicher Politiker, genau wie beim ökonomischen Erwerb. „Gelegenheits"politiker sind wir alle, wenn wir unseren Wahlzettel abgeben oder eine ähnliche Willensäußerung: etwa Beifall oder Protest in einer „politischen" Versammlung, vollziehen, eine „politische" Rede halten usw., — und bei vielen Menschen beschränkt sich ihre ganze Beziehung zur Politik darauf. „Nebenberufliche" Politiker sind heute z. B. alle jene Vertrauensmänner und Vorstände von parteipolitischen Vereinen, welche diese Tätigkeit — wie es durchaus die Regel ist — nur im Bedarfsfalle ausüben und weder materiell noch ideell in erster Linie daraus „ihr Leben machen". Ebenso jene Mitglieder von Staatsräten und ähnlichen Beratungskörperschaften, die nur auf Anfordern in Funktion treten. Ebenso aber auch ziemlich breite Schichten unserer Parlamentarier, die nur in Zeiten der Session Politik treiben. In der Vergangenheit finden wir solche Schichten namentlich unter den Ständen. „Stände" sollen uns heißen die eigenberechtigten Besitzer militärischer oder für die Verwaltung wichtiger, sachlicher Betriebsmittel oder persönlicher Herrengewalten. Ein großer Teil von ihnen war weit davon entfernt, sein Leben ganz oder auch nur vorzugsweise oder mehr als gelegentlich in den Dienst der Politik zu stellen. Sie nützten

ielmehr ihre Herrenmacht im Interesse der Erzielung von Renten
der auch geradezu von Profit und wurden politisch, im Dienst
es politischen Verbandes, nur tätig, wenn der Herr oder wenn
ire Standesgenossen dies besonders verlangten. Nicht anders auch
in Teil jener Hilfskräfte, die der Fürst im Kampf um die Schaffung
ines politischen Eigenbetriebes, der nur ihm zur Verfügung stehen
ollte, heranzog. Die „Räte von Haus aus" und, noch weiter zurück,
in erheblicher Teil der in der „Curia" und den anderen beratenden
örperschaften der Fürsten zusammentretenden Ratgeber hatten
iesen Charakter. Aber mit diesen nur gelegentlichen oder neben-
eruflichen Hilfskräften kam der Fürst natürlich nicht aus. Er
ußte sich einen Stab von ganz und ausschließlich seinem Dienst
ewidmeten, also *haupt*beruflichen, Hilfskräften zu schaffen suchen.
avon, woher er diese nahm, hing zum sehr wesentlichen Teil die
truktur des entstehenden dynastischen politischen Gebildes und
icht nur sie, sondern das ganze Gepräge der betreffenden Kultur
. Erst recht in die gleiche Notwendigkeit versetzt waren die-
nigen politischen Verbände, welche unter völliger Beseitigung
ler weitgehender Beschränkung der Fürstenmacht sich als (so-
nannte) „freie" Gemeinwesen politisch konstituierten, — „frei"
cht im Sinne der Freiheit von gewaltsamer Herrschaft, sondern
Sinne von: Fehlen der kraft Tradition legitimen (meist religiös
weihten) Fürstengewalt als ausschließlicher Quelle aller Autorität.
e haben geschichtlich ihre Heimstätte durchaus im Okzident, und
r Keim war: die Stadt als politischer Verband, als welche sie
erst im mittelländischen Kulturkreis aufgetreten ist. Wie sahen
allen diesen Fällen die „*haupt*beruflichen" Politiker aus?

Es gibt zwei Arten, aus der Politik seinen Beruf zu machen.
ntweder: man lebt „für" die Politik — oder aber: „von" der
olitik. Der Gegensatz ist keineswegs ein exklusiver. In aller Regel
elmehr tut man, mindestens ideell, meist aber auch materiell,
ides: wer „für" die Politik lebt, macht im *innerlichen* Sinne
ein Leben daraus": er genießt entweder den nackten Besitz der
acht, die er ausübt, oder er speist sein inneres Gleichgewicht und
lbstgefühl aus dem Bewußtsein, durch Dienst an einer „Sache"
inem Leben einen *Sinn* zu verleihen. In diesem innerlichen Sinn
t wohl jeder ernste Mensch, der für eine Sache lebt, auch von

dieser Sache. Die Unterscheidung bezieht sich also auf eine viel massivere Seite des Sachverhaltes: auf die ökonomische. „Von" der Politik als Beruf lebt, wer danach strebt, daraus eine dauernde Einnahmequelle zu machen, — „für" die Politik der, bei dem dies nicht der Fall ist. Damit jemand in diesem ökonomischen Sinn „für" die Politik leben könne, müssen unter der Herrschaft der Privateigentumsordnung einige, wenn Sie wollen, sehr triviale Voraussetzungen vorliegen: er muß — unter normalen Verhältnissen — ökonomisch von den Einnahmen, welche die Politik ihm bringen kann, unabhängig sein. Das heißt ganz einfach: er muß vermögend oder in einer privaten Lebensstellung sein, welche ihm auskömmliche Einkünfte abwirft. So steht es wenigstens unter normalen Verhältnissen. Zwar die Gefolgschaft des Kriegsfürsten fragt ebensowenig nach den Bedingungen normaler Wirtschaft wie die Gefolgschaft des revolutionären Helden der Straße. Beide leben von Beute, Raub, Konfiskationen, Kontributionen, Aufdrängung von wertlosen Zwangszahlungsmitteln: — was dem Wesen nach alles das Gleiche ist. Aber das sind notwendig außeralltägliche Erscheinungen: in der Alltagswirtschaft leistet nur eigenes Vermögen diesen Dienst. Aber damit allein nicht genug: er muß überdies wirtschaftlich „abkömmlich" sein, d. h. seine Einkünfte dürfen nicht davon abhängen, daß er ständig persönlich seine Arbeitskraft und sein Denken voll oder doch weit überwiegend in den Dienst ihres Erwerbes stellt. Abkömmlich in diesem Sinne ist nun am unbedingtesten: der Rentner, derjenige also, der vollkommen arbeitsloses Einkommen, sei es, wie die Grundherren der Vergangenheit, die Großgrundbesitzer und die Standesherren der Gegenwart, aus Grundrenten — in der Antike und im Mittelalter auch Sklaven- oder Hörigenrenten — oder aus Wertpapier- oder ähnlichen modernen Rentenquellen bezieht. Weder der Arbeiter noch — was sehr zu beachten ist — der Unternehmer —, auch und gerade der moderne Großunternhmer — ist in diesem Sinn abkömmlich. Denn auch und gerade der Unternehmer — der gewerbliche sehr viel mehr als, bei dem Saisoncharakter der Landwirtschaft, der landwirtschaftliche Unternehmer — ist an seinen Betrieb gebunden und nicht abkömmlich. Es ist für ihn meist sehr schwer, sich auch nur zeitweilig vertreten zu lassen. Ebensowenig ist dies z. B

er Arzt, je hervorragender und beschäftigter er ist, desto weniger. eichter schon, aus rein betriebstechnischen Gründen, der Adokat — der deshalb auch als Berufspolitiker eine ungleich größere, ft eine geradezu beherrschende Rolle gespielt hat. — Wir wollen iese Kasuistik nicht weiter verfolgen, sondern wir machen uns inige Konsequenzen klar.

Die Leitung eines Staates oder einer Partei durch Leute, welche m ökonomischen Sinn des Wortes) ausschließlich für die Politik nd nicht von der Politik leben, bedeutet notwendig eine „pluto-atische" Rekrutierung der politisch führenden Schichten. Damit t freilich nicht auch das Umgekehrte gesagt: daß eine solche lutokratische Leitung auch zugleich bedeutete, daß die politisch errschende Schicht nicht auch „von" der Politik zu leben trachtete, so ihre politische Herrschaft nicht auch für ihre privaten ökonoischen Interessen auszunutzen pflegte. Davon ist natürlich gar eine Rede. Es hat keine Schicht gegeben, die das nicht irgendwie etan hätte. Nur dies bedeutet es: daß die Berufspolitiker nicht unittelbar für ihre politische Leistung Entgelt zu suchen genötigt nd, wie das jeder Mittellose schlechthin in Anspruch nehmen muß. nd andererseits bedeutet es nicht etwa, daß vermögenslose Poiker lediglich oder auch nur vornehmlich ihre privatwirtschaftliche ersorgung durch die Politik im Auge hätten, nicht oder doch nicht ornehmlich „an die Sache" dächten. Nichts wäre unrichtiger. em vermögenden Mann ist die Sorge um die ökonomische „Seırität" seiner Existenz erfahrungsgemäß — bewußt oder unewußt — ein Kardinalpunkt seiner ganzen Lebensorientierung. er ganz rücksichts- und voraussetzungslose politische Idealismus ndet sich, wenn nicht ausschließlich, so doch wenigstens gerade, ei den infolge ihrer Vermögenslosigkeit ganz außerhalb der an der rhaltung der ökonomischen Ordnung einer bestimmten Gesellhaft stehenden Schichten: das gilt zumal in außeralltäglichen, so revolutionären, Epochen. Sondern nur dies bedeutet es: daß ne nicht plutokratische Rekrutierung der politischen Interessenten, er Führerschaft und ihrer Gefolgschaft, an die selbstverständliche oraussetzung gebunden ist, daß diesen Interessenten aus dem etrieb der Politik regelmäßige und verläßliche Einnahmen zuießen. Die Politik kann entweder „ehrenamtlich" und dann von,

wie man zu sagen pflegt, „unabhängigen", das heißt vermögenden Leuten, Rentnern vor allem, geführt werden. Oder aber ihre Führung wird Vermögenslosen zugänglich gemacht, und dann muß sie entgolten werden. Der von der Politik lebende Berufspolitiker kann sein: reiner „Pfründner" oder besoldeter „Beamter". Entweder bezieht er dann Einnahmen aus Gebühren und Sporteln für bestimmte Leistungen — Trinkgelder und Bestechungssummen sind nur eine regellose und formell illegale Abart dieser Kategorie von Einkünften —, oder er bezieht ein festes Naturaliendeputat oder Geldgehalt, oder beides nebeneinander. Er kann den Charakter eines „Unternehmers" annehmen, wie der Kondottiere oder der Amtspächter oder Amtskäufer der Vergangenheit oder wie der amerikanische Boss, der seine Unkosten wie eine Kapitalanlage ansieht, die er durch Ausnutzung seines Einflusses Ertrag bringen läßt. Oder er kann einen festen Lohn beziehen, wie ein Redakteur oder Parteisekretär oder ein moderner Minister oder politischer Beamter. In der Vergangenheit waren Lehen, Bodenschenkungen, Pfründen aller Art, mit Entwicklung der Geldwirtschaft aber besonders Sportelpfründen der typische Entgelt von Fürsten, siegreichen Eroberern oder erfolgreichen Parteihäuptern für ihre Gefolgschaft; heute sind es Ämter aller Art in Parteien, Zeitungen, Genossenschaften, Krankenkassen, Gemeinden und Staaten, welche von den Parteiführern für treue Dienste vergeben werden. Alle Parteikämpfe sind nicht nur Kämpfe um sachliche Ziele, sondern vor allem auch: um Ämterpatronage. Alle Kämpfe zwischen partikularistischen und zentralistischen Bestrebungen in Deutschland drehen sich vor allem auch darum, welche Gewalten, ob die Berliner oder die Münchener, Karlsruher, Dresdener, die Ämterpatronage in der Hand haben. Zurücksetzungen in der Anteilnahme an den Ämtern werden von den Parteien schwerer empfunden als Zuwiderhandlungen gegen ihre sachlichen Ziele. Ein parteipolitischer Präfektenschub in Frankreich galt immer als eine größere Umwälzung und erregte mehr Lärm als eine Modifikation des Regierungsprogramms, welches fast rein phraseologische Bedeutung hatte. Manche Parteien, so namentlich die in Amerika, sind seit dem Schwinden der alten Gegensätze über die Auslegung der Verfassung reine Stellenjägerparteien, welche ihr sachliches Programm

nach den Chancen des Stimmenfanges abändern. In Spanien
echselten bis in die letzten Jahre in Gestalt der von obenher
brizierten „Wahlen“ die beiden großen Parteien in konventionell
ststehendem Turnus ab, um ihre Gefolgschaft mit Ämtern zu ver-
orgen. In den spanischen Kolonialgebieten handelt es sich sowohl
ei den sogenannten „Wahlen“ wie den sogenannten „Revolutionen“
ets um die Staatskrippe, an der die Sieger gefüttert zu werden
ünschen. In der Schweiz repartieren die Parteien im Wege des
roporzes die Ämter friedlich untereinander, und manche unserer
revolutionären“ Verfassungsentwürfe, so z. B. der erste für Baden
ıfgestellte, wollte dies System auf die Ministerstellen ausdehnen
nd behandelte so den Staat und seine Ämter als reine Pfründner-
ersorgungsanstalt. Vor allem die Zentrumspartei begeisterte sich
afür und machte in Baden die proportionale Verteilung der Ämter
ach Konfessionen, also ohne Rücksicht auf die Leistung, sogar
ı einem Programmpunkt. Mit steigender Zahl der Ämter infolge
er allgemeinen Bureaukratisierung und steigendem Begehr nach
ınen als einer Form spezifisch gesicherter Versorgung steigt
ır alle Parteien diese Tendenz und werden sie für ihre Gefolg-
haft immer mehr Mittel zum Zweck, derart versorgt zu werden.
Dem steht nun aber gegenüber die Entwicklung des modernen
eamtentums zu einer spezialistisch, durch langjährige Vorbildung
chgeschulten, hochqualifizierten geistigen Arbeiterschaft mit einer
n Interesse der Integrität hochentwickelten ständischen Ehre,
ıne welche die Gefahr furchtbarer Korruption und gemeinen
anausentums als Schicksal über uns schweben und auch die rein
chnische Leistung des Staatsapparates bedrohen würde, dessen
edeutung für die Wirtschaft, zumal mit zunehmender Sozialisierung, stetig gestiegen ist und weiter steigen wird. Die Dilet-
ntenverwaltung durch Beutepolitiker, welche in den Vereinigten
taaten Hunderttausende von Beamten, bis zum Postboten hinunter,
nach dem Ausfall der Präsidentenwahl, wechseln ließ und den
benslänglichen Berufsbeamten nicht kannte, ist längst durch
e Civil Service Reform durchlöchert. Rein technische, unab-
eisliche Bedürfnisse der Verwaltung bedingen diese Entwicklung.
n Europa ist das arbeitsteilige Fachbeamtentum in einer
ntwicklung von einem halben Jahrtausend allmählich entstanden.

Die italienischen Städte und Signorien machten den Anfang; von den Monarchien die normannischen Erobererstaaten. Bei den Finanzen der Fürsten geschah der entscheidende Schritt. Bei den Verwaltungsreformen des Kaisers Max kann man sehen, wie schwer selbst unter dem Druck der äußersten Not und Türkenherrschaft es den Beamten gelang, auf diesem Gebiet, welches ja den Dilettantismus eines Herrschers, der damals noch vor allem: ein Ritter war, am wenigsten vertrug, den Fürsten zu depossedieren. Die Entwicklung der Kriegstechnik bedingte den Fachoffizier, die Verfeinerung des Rechtsganges den geschulten Juristen. Auf diesen drei Gebieten siegte das Fachbeamtentum in den entwickelteren Staaten endgültig im 16. Jahrhundert. Damit war gleichzeitig mit dem Aufstieg des Absolutismus der Fürsten gegenüber den Ständen die allmähliche Abdankung seiner Selbstherrschaft an die Fachbeamten, durch die ihm jener Sieg über die Stände erst ermöglicht wurde, eingeleitet.

Gleichzeitig mit dem Aufstieg des fachgeschulten Beamtentums vollzog sich auch — wennschon in weit unmerklicheren Übergängen — die Entwicklung der „leitenden Politiker". Von jeher und in aller Welt hatte es, selbstverständlich, solche tatsächlich maßgeblichen Berater der Fürsten gegeben. Im Orient hat das Bedürfnis, den Sultan von der persönlichen Verantwortung für den Erfolg der Regierung möglichst zu entlasten, die typische Figur des „Großwesirs" geschaffen. Im Abendland wurde die Diplomatie, vor allem unter dem Einfluß der in diplomatischen Fachkreisen mit leidenschaftlichem Eifer gelesenen venezianischen Gesandtschaftsberichte, im Zeitalter Karls V. — der Zeit Macchiavellis — zuerst eine bewußt gepflegte Kunst, deren meist humanistisch gebildete Adepten sich untereinander als eine geschulte Schicht von Eingeweihten behandelten, ähnlich den humanistischen chinesischen Staatsmännern der letzten Teilstaatenzeit. Die Notwendigkeit einer formell einheitlichen Leitung der gesamten Politik, einschließlich der inneren, durch einen führenden Staatsmann entstand endgültig und zwingend erst durch die konstitutionelle Entwicklung. Bis dahin hatte es zwar selbstverständlich solche Einzelpersönlichkeiten als Berater oder vielmehr — der Sache nach — Leiter der Fürsten immer wieder gegeben.

ber die Organisation der Behörden war zunächst, auch in den am
eitesten vorgeschrittenen Staaten, andere Wege gegangen. Kol-
:giale höchste Verwaltungsbehörden waren entstanden. Der
heorie und, in allmählich abnehmendem Maße, der Tatsache
ich tagten sie unter dem Vorsitz des Fürsten persönlich, der die
ntscheidung gab. Durch dieses kollegialische System, welches
ı Gutachten, Gegengutachten und motivierten Voten der Mehr-
:it und Minderheit führte und ferner dadurch, daß er neben
:n offiziellen höchsten Behörden sich mit rein persönlichen Ver-
auten — dem „Kabinett" — umgab und durch diese seine Ent-
heidungen auf die Beschlüsse des Staatsrats — oder wie die
ichste Staatsbehörde sonst hieß — abgab, suchte der Fürst, der
ınehmend in die Lage eines Dilettanten geriet, dem unvermeid-
:h wachsenden Gewicht der Fachschulung der Beamten sich zu
tziehen und die oberste Leitung in der Hand zu behalten: dieser
:ente Kampf zwischen dem Fachbeamtentum und der Selbst-
:rrschaft bestand überall. Erst gegenüber den Parlamenten und
:n Machtaspirationen ihrer Parteiführer änderte sich die Lage.
:hr verschieden gelagerte Bedingungen führten doch zu dem
ßerlich gleichen Ergebnis. Freilich mit gewissen Unterschieden.
'o immer die Dynastien reale Macht in der Hand behielten —
'e namentlich in Deutschland —, waren nun die Interessen des
irsten mit denen des Beamtentums solidarisch verknüpft gegen
s Parlament und seine Machtansprüche. Die Beamten hatten
s Interesse daran, daß auch die leitenden Stellen, also die Minister-
›sten, aus ihren Reihen besetzt, also Gegenstände des Beamten-
ancements, wurden. Der Monarch seinerseits hatte das Inter-
se daran, die Minister nach seinem Ermessen und aus den Reihen
:r ihm ergebenen Beamten ernennen zu können. Beide Teile
›er waren daran interessiert, daß die politische Leitung dem
ırlament einheitlich und geschlossen gegenübertrat, also: das
ollegialsystem durch einen einheitlichen Kabinettschef ersetzt
ırde. Der Monarch bedurfte überdies, schon um dem Partei-
mpf und den Parteiangriffen rein formell enthoben zu bleiben,
ner ihn deckenden verantwortlichen, das heißt: dem Parlament
ede stehenden und ihm entgegentretenden, mit den Parteien
:rhandelnden Einzelpersönlichkeit. Alle diese Interessen wirkten

hier zusammen in der gleichen Richtung: ein einheitlich führender Beamtenminister entstand. Noch stärker wirkte in der Richtung der Vereinheitlichung die Entwicklung der Parlamentsmacht da, wo sie — wie in England — die Oberhand gegenüber dem Monarchen gewann. Hier entwickelte sich das „Kabinett" mit dem einheitlichen Parlamentsführer, dem „Leader", an der Spitze, als ein Ausschuß der von den offiziellen Gesetzen ignorierten, tatsächlich aber allein politisch entscheidenden Macht: der jeweils im Besitz der Mehrheit befindlichen Partei. Die offiziellen kollegialen Körperschaften waren eben als solche keine Organe der wirklich herrschenden Macht: der Partei, und konnten also nicht Träger der wirklichen Regierung sein. Eine herrschende Partei bedurfte vielmehr, um im Innern die Gewalt zu behaupten und nach außen große Politik treiben zu können, eines schlagkräftigen, nur aus ihren wirklich führenden Männern zusammengesetzten, vertraulich verhandelnden Organes: eben des Kabinetts, der Öffentlichkeit, vor allem der parlamentarischen Öffentlichkeit gegenüber aber eines für alle Entschließungen verantwortlichen Führers: des Kabinettschefs. Dies englische System ist dann in Gestalt der parlamentarischen Ministerien auf den Kontinent übernommen worden, und nur in Amerika und den von da aus beeinflußten Demokratien wurde ihm ein ganz heterogenes System gegenübergestellt, welches den erkorenen Führer der siegenden Partei durch direkte Volkswahl an die Spitze des von ihm ernannten Beamtenapparates stellte und ihn nur in Budget und Gesetzgebung an die Zustimmung des Parlamentes band.

Die Entwicklung der Politik zu einem „Betrieb", der eine Schulung im Kampf um die Macht und in dessen Methoden erforderte, so wie sie das moderne Parteiwesen entwickelte, bedingte nun die Scheidung der öffentlichen Funktionäre in zwei, allerdings keineswegs schroff, aber doch deutlich geschiedene Kategorien: Fachbeamte einerseits, „politische Beamte" anderseits. Die im eigentlichen Wortsinn „politischen" Beamten sind äußerlich in der Regel daran kenntlich, daß sie jederzeit beliebig versetzt und entlassen oder doch „zur Disposition gestellt" werden können, wie die französischen Präfekten und die ihnen gleichartigen Beamten anderer Länder, im schroffsten Gegensatz gegen die „Un-

bhängigkeit" der Beamten mit richterlicher Funktion. In Eng-
ınd gehören jene Beamten dazu, die nach fester Konvention bei
inem Wechsel der Parlamentsmehrheit und also des Kabinetts
us den Ämtern scheiden. Besonders diejenigen pflegen dahin
u rechnen, deren Kompetenz die Besorgung der allgemeinen
inneren Verwaltung" umfaßt; und der „politische" Bestandteil
aran ist vor allem die Aufgabe der Erhaltung der „Ordnung"
n Lande, also: der bestehenden Herrschaftsverhältnisse. In
reußen hatten diese Beamten nach dem Puttkamerschen Erlaß,
ei Vermeidung der Maßregelung, die Pflicht, „die Politik der
egierung zu vertreten", und wurden, ebenso wie in Frankreich
ie Präfekten, als amtlicher Apparat zur Beeinflussung der Wahlen
enutzt. Die meisten „politischen" Beamten teilten zwar nach
eutschem System — im Gegensatz zu anderen Ländern — die
ualität aller anderen insofern, als die Erlangung auch dieser
mter an akademisches Studium, Fachprüfungen und einen be-
immten Vorbereitungsdienst gebunden war. Dieses spezifische
ferkmal des modernen Fachbeamtentums fehlt bei uns nur den
hefs des politischen Apparates: den Ministern. Preußischer
ultusminister konnte man schon unter dem alten Regime sein.
ne selbst jemals eine höhere Unterrichtsanstalt besucht zu haben,
ährend man Vortragender Rat grundsätzlich nur auf Grund der
rgeschriebenen Prüfungen werden konnte. Der fachgeschulte
ezernent und Vortragende Rat war selbstverständlich — z. B.
ter Althoff im preußischen Unterrichtsministerium — unendlich
el informierter über die eigentlichen technischen Probleme des
aches als sein Chef. In England stand es damit nicht anders. Er
ar infolgedessen auch für alle Alltagsbedürfnisse der Mächtigere.
as war auch nichts an sich Widersinniges. Der Minister war
en der Repräsentant der politischen Machtkonstellation,
tte diese politischen Maßstäbe zu vertreten und an die Vorschläge
iner unterstellten Fachbeamten anzulegen oder ihnen die ent-
rechenden Direktiven politischer Art zu geben.

Ganz ähnlich steht es ja in einem privaten Wirtschaftsbetrieb:
r eigentliche „Souverän", die Aktionärversammlung, ist in der
etriebsführung ebenso einflußlos wie ein von Fachbeamten
giertes „Volk", und die für die Politik des Betriebes ausschlag-

gebenden Persönlichkeiten, der von Banken beherrschte „Aufsichtsrat“, geben nur die wirtschaftlichen Direktiven und liest die Persönlichkeiten für die Verwaltung aus, ohne aber selbst imstande zu sein, den Betrieb technisch zu leiten. Insofern bedeutet auch die jetzige Struktur des Revolutionsstaates, welcher absoluten Dilettanten, kraft ihrer Verfügung über die Maschinengewehre, die Macht über die Verwaltung in die Hand gibt und die fachgeschulten Beamten nur als ausführende Köpfe und Hände benutzen möchte, keine grundsätzliche Neuerung. Die Schwierigkeiten dieses jetzigen Systems liegen anderswo als darin, sollen uns aber heute nichts angehen. —

Wir fragen vielmehr nun nach der typischen Eigenart der Berufspolitiker, sowohl der „Führer“ wie ihrer Gefolgschaft. Sie hat gewechselt und ist auch heute sehr verschieden.

„Berufspolitiker“ haben sich in der Vergangenheit, wie wir sahen, im Kampf der Fürsten mit den Ständen entwickelt im Dienst der ersteren. Sehen wir uns ihre Haupttypen kurz an.

Gegen die Stände stützte sich der Fürst auf politisch verwertbare Schichten nichtständischen Charakters. Dahin gehörten in Vorder- und Hinterindien, im buddhistischen China und Japan und in der lamaistischen Mongolei ganz ebenso wie in den christlichen Gebieten des Mittelalters zunächst: die Kleriker. Technisch deshalb, weil sie schriftkundig waren. Überall ist der Import der Brahmanen, buddhistischen Priester, Lamas und die Verwendung von Bischöfen und Priestern als politische Berater unter dem Gesichtspunkt erfolgt, schreibkundige Verwaltungskräfte zu bekommen, die im Kampf des Kaisers oder Fürsten oder Khans gegen die Aristokratie verwertet werden konnten. Der Kleriker, zumal der zölibatäre Kleriker stand außerhalb des Getriebes der normalen politischen und ökonomischen Interessen und kam nicht in Versuchung, für seine Nachfahren eigene politische Macht gegenüber seinem Herrn zu erstreben, wie es der Lehnsmann tat. Er war von den Betriebsmitteln der fürstlichen Verwaltung durch seine eigenen ständischen Qualitäten „getrennt“.

Eine zweite derartige Schicht waren die humanistisch gebildeten Literaten. Es gab eine Zeit, wo man lateinische Reden und grie-

:hische Verse machen lernte, zu dem Zwecke, politischer Be-
:ater und vor allen Dingen politischer Denkschriftenverfasser
:ines Fürsten zu werden. Das war die Zeit der ersten Blüte der
Humanistenschulen und der fürstlichen Stiftungen von Pro-
essuren der „Poetik": bei uns eine schnell vorübergehende Epoche,
lie immerhin auf unser Schulwesen nachhaltig eingewirkt hat,
olitisch freilich keine tieferen Fo'gen hatte. Anders in Ostasien.
)er chinesische Mandarin ist oder vielmehr: war ursprünglich
nnähernd das, was der Humanist unserer Renaissancezeit war:
in humanistisch an den Sprachdenkmälern der fernen Vergangen-
eit geschulter und geprüfter Literat. Wenn Sie die Tagebücher
es Li-Hung-Tschang lesen, finden Sie, daß noch er am meisten
tolz darauf ist, daß er Gedichte machte und ein guter Kalligraph
var. Diese Schicht mit ihren an der chinesischen Antike entwickel-
en Konventionen hat das ganze Schicksal Chinas bestimmt, und
hnlich wäre vielleicht unser Schicksal gewesen, wenn die Huma-
isten seinerzeit die geringste Chance gehabt hätten, mit gleichem
:rfolge sich durchzusetzen.

Die dritte Schicht war: der Hofadel. Nachdem es den Fürsten
elungen war, den Adel in seiner ständischen politischen Macht
u enteignen, zogen sie ihn an den Hof und verwendeten ihn im
olitischen und diplomatischen Dienst. Der Umschwung unseres
:rziehungswesens im 17. Jahrhundert war mit dadurch bedingt,
aß an Stelle der humanistischen Literaten hofadelige Berufs-
olitiker in den Dienst der Fürsten traten.

Die vierte Kategorie war ein spezifisch englisches Gebilde; ein
en Kleinadel und das städtische Rentnertum umfassendes Pa-
riziat, technisch „gentry" genannt: — eine Schicht, die ursprüng-
ch der Fürst gegen die Barone heranzog und in den Besitz der
mter des „selfgovernment" setzte, um später zunehmend von
ır abhängig zu werden. Sie hielt sich im Besitz der sämtlichen
mter der lokalen Verwaltung, indem sie dieselben gratis über-
ahm im Interesse ihrer eigenen sozialen Macht. Sie hat England
or der Bureaukratisierung bewahrt, die das Schicksal sämtlicher
Kontinentalstaaten war.

Eine fünfte Schicht war dem Okzident, vor allem auf dem
:uropäischen Kontinent, eigentümlich und war für dessen ganze

politische Struktur von ausschlaggebender Bedeutung: die universitätsgeschulten Juristen. Die gewaltige Nachwirkung des römischen Rechts, wie es der bureaukratische spätrömische Staat umgebildet hatte, tritt in nichts deutlicher hervor als darin: daß überall die Revolutionierung des politischen Betriebs im Sinne der Entwicklung zum rationalen Staat von geschulten Juristen getragen wurde. Auch in England, obwohl dort die großen nationalen Juristenzünfte die Rezeption des römischen Rechts hinderten. Man findet in keinem Gebiet der Erde dazu irgendeine Analogie. Alle Ansätze rationalen juristischen Denkens in der indischen Mimamsa-Schule und alle Weiterpflege des antiken juristischen Denkens im Islam haben die Überwucherung des rationalen Rechtsdenkens durch theologische Denkformen nicht hindern können. Vor allem wurde das Prozeßverfahren nicht voll rationalisiert. Das hat nur die Übernahme der antik römischen Jurisprudenz, des Produkts eines aus dem Stadtstaat zur Weltherrschaft aufsteigenden politischen Gebildes ganz einzigartigen Charakters, durch die italienischen Juristen zuwege gebracht, der „Usus modernus" der spätmittelalterlichen Pandektisten und Kanonisten und die aus juristischem und christlichem Denken geborenen und später säkularisierten Naturrechtstheorien. Im italienischen Podestat, in den französischen Königsjuristen, welche die formellen Mittel zur Untergrabung der Herrschaft der Seigneurs durch die Königsmacht schufen, in den Kanonisten und naturrechtlich denkenden Theologen des Konziliarismus, in den Hofjuristen und gelehrten Richtern der kontinentalen Fürsten, in den niederländischen Naturrechtslehrern und den Monarchomachen, in den englischen Kron- und den Parlamentsjuristen, in der Noblesse de Robe der französischen Parlamente, endlich in den Advokaten der Revolutionszeit hat dieser juristische Rationalismus seine großen Repräsentanten gehabt. Ohne ihn ist das Entstehen des absoluten Staates so wenig denkbar wie die Revolution. Wenn Sie die Remonstrationen der französischen Parlamente oder die Cahiers der französischen Generalstände seit dem 16. Jahrhundert bis in das Jahr 1789 durchsehen, finden Sie überall: Juristengeist. Und wenn Sie die Berufszugehörigkeit der Mitglieder des französischen Konvents durchmustern, so finden Sie

a — obwohl er nach gleichem Wahlrecht gewählt war — einen inzigen Proletarier, sehr wenige bürgerliche Unternehmer, daegen massenhaft Juristen aller Art, ohne die der spezifische Geist, der diese radikalen Intellektuellen und ihre Entwürfe beeelte, ganz undenkbar wäre. Der moderne Advokat und die noderne Demokratie gehören seitdem schlechthin zusammen, — nd Advokaten in unserem Sinn, als ein selbständiger Stand, xistieren wiederum nur im Okzident, seit dem Mittelalter, wo ie aus dem „Fürsprech" des formalistischen germanischen Prozeßerfahrens unter dem Einfluß der Rationalisierung des Prozesses ich entwickelten.

Die Bedeutung der Advokaten in der okzidentalen Politik eit dem Aufkommen der Parteien ist nichts Zufälliges. Der polische Betrieb durch Parteien bedeutet eben: Interessentenbetrieb - wir werden bald sehen, was das besagen will. Und eine Sache ür Interessenten wirkungsvoll zu führen ist das Handwerk des eschulten Advokaten. Er ist darin — das hat uns die Überlegenheit er feindlichen Propaganda lehren können — jedem „Beamten" berlegen. Gewiß kann er eine durch logisch schwache Argumente estützte, in diesem Sinn: „schlechte" Sache dennoch siegreich, lso technisch „gut", führen. Aber auch nur er führt eine durch ogisch „starke" Argumente zu stützende, in diesem Sinn „gute" ache siegreich, also in diesem Sinn „gut". Der Beamte als Politiker macht nur allzu oft durch technisch „schlechte" Führung ine in jenem Sinn „gute" Sache zur „schlechten": — das haben vir erleben müssen. Denn die heutige Politik wird nun einmal n hervorragendem Maße in der Öffentlichkeit mit den Mitteln les gesprochenen oder geschriebenen Wortes geführt. Dessen Virkung abzuwägen, liegt im eigentlichsten Aufgabenkreise des dvokaten, gar nicht aber des Fachbeamten, der kein Demagoge st und, seinem Zweck nach, keiner sein soll, und wenn er es och zu werden unternimmt, ein sehr schlechter Demagoge zu verden pflegt.

Der echte Beamte — das ist für die Beurteilung unseres früheren Regimes entscheidend — soll seinem eigentlichen Beruf nach icht Politik treiben, sondern: „verwalten", unparteiisch vor llem, — auch für die sogenannten „politischen" Verwaltungs-

beamten gilt das, offiziell wenigstens, soweit nicht die „Staatsräson", d. h. die Lebensinteressen der herrschenden Ordnung, in Frage stehen. Sine ira et studio, „ohne Zorn und Eingenommenheit" soll er seines Amtes walten. Er soll also gerade das nicht tun, was der Politiker, der Führer sowohl wie seine Gefolgschaft, immer und notwendig tun muß: kämpfen. Denn Parteinahme, Kampf, Leidenschaft — ira et studium — sind das Element des Politikers. Und vor allem: des politischen Führers. Dessen Handeln steht unter einem ganz anderen, gerade entgegengesetzten Prinzip der Verantwortung, als die des Beamten ist. Ehre des Beamten ist die Fähigkeit, wenn — trotz seiner Vorstellungen — die ihm vorgesetzte Behörde auf einem ihm falsch erscheinenden Befehl beharrt, ihn auf Verantwortung des Befehlenden gewissenhaft und genau so auszuführen, als ob er seiner eigenen Überzeugung entspräche: ohne diese im höchsten Sinn sittliche Disziplin und Selbstverleugnung zerfiele der ganze Apparat. Ehre des politischen Führers, also: des leitenden Staatsmannes, ist dagegen gerade die ausschließliche Eigenverantwortung für das, was er tut, die er nicht ablehnen oder abwälzen kann und darf. Gerade sittlich hochstehende Beamtennaturen sind schlechte, vor allem im politischen Begriff des Wortes verantwortungslose und in diesem Sinn: sittlich tiefstehende Politiker: — solche, wie wir sie leider in leitenden Stellungen immer wieder gehabt haben: das ist es, was wir „Beamtenherrschaft" nennen; und es fällt wahrlich kein Flecken auf die Ehre unseres Beamtentums, wenn wir das politisch, vom Standpunkt des Erfolges aus gewertet, Falsche dieses Systems bloßlegen. Aber kehren wir noch einmal zu den Typen der politischen Figuren zurück.

Der „Demagoge" ist seit dem Verfassungsstaat und vollends seit der Demokratie der Typus des führenden Politikers im Okzident. Der unangenehme Beigeschmack des Wortes darf nicht vergessen lassen, daß nicht Kleon, sondern Perikles der erste war, der diesen Namen trug. Amtlos oder mit dem — im Gegensatz zu den durchs Los besetzten Ämtern der antiken Demokratie — einzigen Wahlamt: dem des Oberstrategen: betraut, leitete er die souveräne Ekklesia des Demos von Athen. Die moderne Dema-

gogie bedient sich zwar auch der Rede: in quantitativ ungeheuer-
ichem Umfang sogar, wenn man die Wahlreden bedenkt, die ein
noderner Kandidat zu halten hat. Aber noch nachhaltiger doch:
les gedruckten Worts. Der politische Publizist und vor allem der
ournalist ist der wichtigste heutige Repräsentant der Gattung.

Die Soziologie der modernen politischen Journalistik auch
ur zu skizzieren wäre im Rahmen dieses Vortrags ganz unmöglich
nd ist in jeder Hinsicht ein Kapitel für sich. Nur weniges gehört
nbedingt hierher. Der Journalist teilt mit allen Demagogen und
brigens — wenigstens auf dem Kontinent und im Gegensatz
u den englischen und übrigens auch zu den früheren preußischen
ustånden — auch mit dem Advokaten (und dem Künstler) das
chicksal: der festen sozialen Klassifikation zu entbehren. Er
ehört zu einer Art von Pariakaste, die in der „Gesellschaft" stets
ach ihren ethisch tiefststehenden Repräsentanten sozial ein-
eschätzt wird. Die seltsamsten Vorstellungen über die Journa-
sten und ihre Arbeit sind daher landläufig. Daß eine wirklich
ute journalistische Leistung mindestens so viel „Geist" be-
nsprucht wie irgendeine Gelehrtenleistung — vor allem infolge
er Notwendigkeit, sofort, auf Kommando, hervorgebracht zu
erden und: sofort wirken zu sollen, bei freilich ganz anderen
edingungen der Schöpfung ist nicht jedermann gegenwärtig.
aß die Verantwortung eine weit größere ist, und daß auch das
erantwortungsgefühl jedes ehrenhaften Journalisten im Durch-
hnitt nicht im mindesten tiefer steht als das des Gelehrten: —
ndern höher, wie der Krieg gelehrt hat —, wird fast nie ge-
ürdigt, weil naturgenäß gerade die verantwortungslosen jour-
alistischen Leistungen, ihrer oft furchtbaren Wirkung wegen,
n Gedächtnis haften. Daß vollends die Diskretion der irgendwie
ichtigen Journalisten durchschnittlich höher steht als die anderer
eute, glaubt niemand. Und doch ist es so. Die ganz unvergleichlich
iel schwereren Versuchungen, die dieser Beruf mit sich bringt,
nd die sonstigen Bedingungen journalistischen Wirkens in der
egenwart erzeugen jene Folgen, welche das Publikum gewöhnt
aben, die Presse mit einer Mischung von Verachtung und —
mmerlicher Feigheit zu betrachten. Über das, was da zu tun ist,
ann heute nicht gesprochen werden. Uns interessiert hier die

Frage nach dem politischen Berufsschicksal der Journalisten, ihrer Chance, in politische Führerstellungen zu gelangen. Sie war bisher nur in der sozialdemokratischen Partei günstig. Aber innerhalb ihrer hatten Redakteurstellen weit überwiegend den Charakter einer Beamtenstellung, nicht aber waren sie die Grundlage einer Führerposition.

In den bürgerlichen Parteien hatte sich, im ganzen genommen, gegenüber der vorigen Generation die Chance des Aufstiegs zur politischen Macht auf diesem Wege eher verschlechtert. Presseeinfluß und also Pressebeziehungen benötigte natürlich jeder Politiker von Bedeutung. Aber daß Parteiführer aus den Reihen der Presse hervorgingen, war — man sollte es nicht erwarten — durchaus die Ausnahme. Der Grund liegt in der stark gestiegenen „Unabkömmlichkeit" des Journalisten, vor allem des vermögenslosen und also berufsgebundenen Journalisten, welche durch die ungeheure Steigerung der Intensität und Aktualität des journalistischen Betriebes bedingt ist. Die Notwendigkeit des Erwerbs durch tägliches oder doch wöchentliches Schreiben von Artikeln hängt Politikern wie ein Klotz am Bein, und ich kenne Beispiele, wo Führernaturen dadurch geradezu dauernd im Machtaufstieg äußerlich und vor allem: innerlich gelähmt worden sind. Daß die Beziehungen der Presse zu den herrschenden Gewalten im Staat und in den Parteien unter dem alten Regime dem Niveau des Journalismus so abträglich wie möglich waren, ist ein Kapitel für sich. Diese Verhältnisse lagen in den gegnerischen Ländern anders. Aber auch dort und für alle modernen Staaten galt, scheint es, der Satz: daß der journalistische Arbeiter immer weniger, der kapitalistische Pressemagnat — nach Art etwa des „Lord" Northcliffe — immer mehr politischen Einfluß gewinnt.

Bei uns waren allerdings bisher die großen kapitalistischen Zeitungskonzerne, welche sich vor allem der Blätter mit „kleinen Anzeigen", der „Generalanzeiger", bemächtigt hatten, in aller Regel die typischen Züchter politischer Indifferenz. Denn an selbständiger Politik war nichts zu verdienen, vor allem nicht das geschäftliche nützliche Wohlwollen der politisch herrschenden Gewalten. Das Inseratengeschäft ist auch der Weg, auf dem man während des Krieges den Versuch einer politischen Beeinflussung

er Presse im großen Stil gemacht hat und jetzt, wie es scheint,
rtsetzen will. Wenn auch zu erwarten ist, daß die große Presse
ch dem entziehen wird, so ist die Lage für die kleinen Blätter
och weit schwieriger. Jedenfalls aber ist bei uns zurzeit die journa-
stische Laufbahn, so viel Reiz sie im übrigen haben und welches
laß von Einfluß und Wirkungsmöglichkeit, vor allem: von poli-
scher Verantwortung, sie einbringen mag, nicht — man muß
elleicht abwarten, ob: nicht mehr oder: noch nicht — ein nor-
aler Weg des Aufstiegs politischer Führer. Ob die von manchen
- nicht allen — Journalisten für richtig gehaltene Aufgabe des
nonymitätsprinzips darin etwas ändern würde, läßt sich schwer
igen. Was wir in der deutschen Presse während des Krieges an
Leitung" von Zeitungen durch besonders angeworbene schrift-
ellerisch begabte Persönlichkeiten, die dabei stets ausdrücklich
nter ihrem Namen auftraten, erlebten, hat in einigen bekannteren
ällen leider gezeigt: daß ein erhöhtes Verantwortungsgefühl
ıf diesem Wege nicht so sicher gezüchtet wird, wie man glauben
onnte. Es waren — ohne Parteiunterschied — zum Teil gerade
e notorisch übelsten Boulevard-Blätter, die damit einen erhöhten
bsatz erstrebten und auch erreichten, Vermögen haben die be-
effenden Herren, die Verleger wie auch die Sensationsjourna-
sten, gewonnen, — Ehre gewiß nicht. Damit soll nun gegen das
rinzip nichts gesagt sein; die Frage liegt sehr verwickelt, und
ne Erscheinung gilt auch nicht allgemein. Aber es ist bisher
icht der Weg zu echtem Führertum oder verantwortlichem
etrieb der Politik gewesen. Wie sich die Verhältnisse weiter
estalten werden, ist abzuwarten. Unter allen Umständen bleibt
oer die journalistische Laufbahn einer der wichtigsten Wege
er berufsmäßigen politischen Tätigkeit. Ein Weg nicht für jeder-
ann. Am wenigsten für schwache Charaktere, insbesondere für
lenschen, die nur in einer gesicherten ständischen Lage ihr
neres Gleichgewicht behaupten können.. Wenn schon das Leben
es jungen Gelehrten auf Hasard gestellt ist, so sind doch feste
ändische Konventionen um ihn gebaut und hüten ihn vor Ent-
eisung. Das Leben des Journalisten aber ist in jeder Hinsicht
asard schlechthin, und zwar unter Bedingungen, welche die
nere Sicherheit in einer Art auf die Probe stellen wie wohl kaum

eine andere Situation. Die oft bitteren Erfahrungen im Berufsleben sind vielleicht nicht einmal das Schlimmste. Gerade an den erfolgreichen Journalisten werden besonders schwierige innere Anforderungen gestellt. Es ist durchaus keine Kleinigkeit, in den Salons der Mächtigen der Erde auf scheinbar gleichem Fuß, und oft allgemein umschmeichelt, weil gefürchtet, zu verkehren und dabei zu wissen, daß, wenn man kaum aus der Tür ist, der Hausherr sich vielleicht wegen seines Verkehrs mit den „Pressebengeln" bei seinen Gästen besonders rechtfertigen muß, — wie es erst recht keine Kleinigkeit ist, über alles und jedes, was der „Markt" gerade verlangt, über alle denkbaren Probleme des Lebens, sich prompt und dabei überzeugend äußern zu sollen, ohne nicht nur der absoluten Verflachung, sondern vor allem der Würdelosigkeit der Selbstentblößung und ihren unerbittlichen Folgen zu verfallen. Nicht das ist erstaunlich, daß es viele menschlich entgleisten oder entwerteten Journalisten gibt, sondern daß trotz allem gerade diese Schicht eine so große Zahl wertvoller und ganz echter Menschen in sich schließt, wie Außenstehende es nicht leicht vermuten.

Wenn der Journalist als Typus des Berufspolitikers auf eine immerhin schon erhebliche Vergangenheit zurückblickt, so ist die Figur des *Parteibeamten* eine solche, die erst der Entwicklung der letzten Jahrzehnte und, teilweise, Jahre angehört. Wir müssen uns einer Betrachtung des Parteiwesens und der Parteiorganisation zuwenden, um diese Figur in ihrer entwicklungsgeschichtlichen Stellung zu begreifen.

In allen irgendwie umfangreichen, das heißt über den Bereich und Aufgabenkreis kleiner ländlicher Kantone hinausgehenden politischen Verbände mit periodischen Wahlen der Gewalthaber, ist der politische Betrieb notwendig: *Interessentenbetrieb*. Das heißt, eine relativ kleine Zahl primär am politischen Leben, also an der Teilnahme an der politischen Macht, Interessierter schaffen sich Gefolgschaft durch freie Werbung, präsentieren sich oder ihre Schutzbefohlenen als Wahlkandidaten, sammeln die Geldmittel und gehen auf den Stimmenfang. Es ist unerfindlich, wie in großen Verbänden Wahlen ohne diesen Betrieb überhaupt sachgemäß zustande kommen sollten. Praktisch bedeutet er die

ɔpaltung der wahlberechtigten Staatsbürger in politisch aktive
nd politisch passive Elemente, und da dieser Unterschied auf
reiwilligkeit beruht, so kann er durch keinerlei Maßregeln, wie
Vahlpflicht oder „berufsständische" Vertretung oder dergleichen
usdrücklich oder tatsächlich gegen diesen Tatbestand und damit
egen die Herrschaft der Berufspolitiker gerichteten Vorschläge
eseitigt werden. Führerschaft und Gefolgschaft, als aktive Ele-
ıente freier Werbung: der Gefolgschaft sowohl wie, durch diese,
er passiven Wählerschaft für die Wahl des Führers, sind not-
endige Lebenselemente jeder Partei. Verschieden aber ist ihre
truktur. Die „Parteien" etwa der mittelalterlichen Städte, wie die
uelfen und Ghibellinen, waren rein persönliche Gefolgschaften.
Venn man das Statuta della perta Guelfa ansieht, die Konfiskation
er Güter der Nobili — das hieß ursprünglich aller derjenigen
amilien, die ritterlich lebten, also lehnsfähig waren —, ihren
usschluß von Ämtern und Stimmrecht, die interlokalen Partei-
usschüsse und die streng militärischen Organisationen und ihre
enunziantenprämien, so fühlt man sich an den Bolschewismus
ıit seinen Sowjets, seinen streng gesiebten Militär- und — in
ußland vor allem — Spitzelorganisationen, der Entwaffnung
nd politischen Entrechtung der „Bürger", das heißt der Unter-
ehmer, Händler, Rentner, Geistlichen, Abkömmlinge der Dy-
astie, Polizeiagenten, und ihren Konfiskationen erinnert. Und
enn man auf der einen Seite sieht, daß die Militärorganisation
er Partei ein nach Matrikeln zu gestaltendes reines Ritterheer
ar und Adlige fast alle führenden Stellen einnahmen, die Sowjets
ber ihrerseits den hochentgoltenen Unternehmer, den Akkord-
hn, das Taylorsystem, die Militär- und Werkstattdisziplin bei-
ehalten oder vielmehr wieder einführen und nach ausländischem
apital Umschau halten, mit einem Wort also: schlechthin alle
on ihr als bürgerliche Klasseneinrichtungen bekämpften Dinge
ieder annehmen mußten, um überhaupt Staat und Wirtschaft
Betrieb zu erhalten, und daß sie überdies als Hauptinstrument
rer Staatsgewalt die Agenten der alten Ochrana wieder in Betrieb
enommen haben, so wirkt diese Analogie noch frappanter. Wir
aben es aber hier nicht mit solchen Gewaltsamkeitsorganisationen
ı tun, sondern mit Berufspolitikern, welche durch nüchterne

„friedliche" Werbung der Partei auf dem Wahlstimmenmarkt zur Macht zu gelangen streben.

Auch diese Parteien in unserem üblichen Sinn waren zunächst, z. B. in England, reine Gefolgschaften der Aristokratie. Mit jedem aus irgendeinem Grunde erfolgenden Wechsel der Partei seitens eines Peer trat alles, was von ihm abhängig war, gleichfalls zur Gegenpartei über. Die großen Familien des Adels, nicht zuletzt der König, hatten bis zur Reformbill die Patronage einer Unmasse von Wahlkreisen. Diesen Adelsparteien nahe stehen die Honoratiorenparteien, wie sie mit Aufkommen der Macht des Bürgertums sich überall entwickelten. Die Kreise von „Bildung und Besitz" unter der geistigen Führung der typischen Intellektuellenschichten des Okzidents schieden sich, teils nach Klasseninteressen, teils nach Familientradition, teils rein ideologisch bedingt, in Parteien, die sie leiteten. Geistliche, Lehrer, Professoren, Advokaten, Ärzte, Apotheker, vermögliche Landwirte, Fabrikanten — in England jene ganze Schicht, die sich zu den gentlemen rechnet — bildeten zunächst Gelegenheitsverbände, allenfalls lokale politische Klubs; in erregten Zeiten meldete sich das Kleinbürgertum, gelegentlich einmal das Proletariat, wenn ihm Führer erstanden, die aber in aller Regel nicht aus seiner Mitte stammten. In diesem Stadium bestehen interlokal organisierte Parteien als Dauerverbände draußen im Lande überhaupt noch nicht. Den Zusammenhalt schaffen lediglich die Parlamentarier; maßgebend für die Kandidatenaufstellung sind die örtlichen Honoratioren. Die Programme entstehen teils durch die Werbeaufrufe der Kandidaten, teils in Anlehnung an Honoratiorenkongresse oder Parlamentsparteibeschlüsse. Nebenamtlich und ehrenamtlich läuft, als Gelegenheitsarbeit, die Leitung der Klubs oder, wo diese fehlen, (wie meist), der gänzlich formlose Betrieb der Politik seitens der wenigen dauernd daran Interessierten in normalen Zeiten; nur der Journalist ist bezahlter Berufspolitiker, nur der Zeitungsbetrieb kontinuierlicher politischer Betrieb überhaupt. Daneben nur die Parlamentssession. Die Parlamentarier und parlamentarischen Parteileiter wissen zwar, an welche örtlichen Honoratioren man sich wendet, wenn eine politische Aktion erwünscht erscheint. Aber nur in großen Städten bestehen dauernd Vereine

er Parteien mit mäßigen Mitgliederbeiträgen und periodischen
usammenkünften und öffentlichen Versammlungen zum Rechen-
chaftsbericht des Abgeordneten. Leben besteht nur in der
/ahlzeit.

Das Interesse der Parlamentarier an der Möglichkeit inter-
kaler Wahlkompromisse und an der Schlagkraft einheitlicher,
on breiten Kreisen des ganzen Landes anerkannter Programme
nd einheitlicher Agitation im Lande überhaupt bildet die Trieb-
raft des immer strafferen Parteizusammenschlusses. Aber wenn
un ein Netz von örtlichen Parteivereinen auch in den mittleren
tädten und daneben von „Vertrauensmännern" über das Land
espannt wird, mit denen ein Mitglied der Parlamentspartei als
eiter des zentralen Parteibureaus in dauernder Korrespondenz
teht, bleibt im Prinzip der Charakter des Parteiapparates als eines
Ionoratiorenverbandes unverändert. Bezahlte Beamte fehlen außer-
alb des Zentralbureaus noch; es sind durchweg „angesehene"
eute, welche um der Schätzung willen, die sie sonst genießen,
ie örtlichen Vereine leiten: die außerparlamentarischen „Hono-
tioren", die neben der politischen Honoratiorenschicht der
nmal im Parlament sitzenden Abgeordneten Einfluß üben.
ie geistige Nahrung für Presse und örtliche Versammlungen
eschafft allerdings zunehmend die von der Partei herausgegebene
arteikorrespondenz. Regelmäßige Mitgliederbeiträge werden un-
tbehrlich; ein Bruchteil muß den Geldkosten der Zentrale dienen.
diesem Stadium befanden sich noch vor nicht allzu langer Zeit
e meisten deutschen Parteiorganisationen. In Frankreich vollends
errschte teilweise noch das erste Stadium: der ganz labile Zu-
mmenschluß der Parlamentarier und im Lande draußen die
eine Zahl der örtlichen Honoratioren, Programme durch die
andidaten oder für sie von ihren Schutzpatronen im Einzelfall
i der Bewerbung aufgestellt, wenn auch unter mehr oder
inder örtlicher Anlehnung an Beschlüsse und Programme der
arlamentarier. Erst teilweise war dies System durchbrochen.
ie Zahl der hauptberuflichen Politiker war dabei gering und
tzte sich im wesentlichen aus den gewählten Abgeordneten,
en wenigen Angestellten der Zentrale, den Journalisten und
in Frankreich — im übrigen aus jenen Stellenjägern zu-

sammen, die sich in einem „politischen Amt“ befanden oder augenblicklich ein solches erstrebten. Die Politik war formell weit überwiegend Nebenberuf. Auch die Zahl der „ministrablen“ Abgeordneten war eng begrenzt, aber wegen des Honoratiorencharakters auch die der Wahlkandidaten. Die Zahl der indirekt an dem politischen Betrieb, vor allem materiell, Interessierten war aber sehr groß. Denn alle Maßregeln eines Ministeriums und vor allem alle Erledigungen von Personalfragen ergingen unter der Mitwirkung der Frage nach ihrem Einfluß auf die Wahlchancen, und alle und jede Art von Wünschen suchte man durch Vermittlung des örtlichen Abgeordneten durchzusetzen, dem der Minister, wenn er zu seiner Mehrheit gehörte — und das erstrebte daher jedermann — wohl oder übel Gehör schenken mußte. Der einzelne Deputierte hatte die Amtspatronage und überhaupt jede Art von Patronage in allen Angelegenheiten seines Wahlkreises und hielt seinerseits, um wiedergewählt zu werden, Verbindung mit den örtlichen Honoratioren.

Diesem idyllischen Zustand der Herrschaft von Honoratiorenkreisen und vor allem: der Parlamentarier, stehen nun die modernsten Formen der Parteiorganisation scharf abweichend gegenüber. Sie sind Kinder der Demokratie, des Massenwahlrechts, der Notwendigkeit der Massenwerbung und Massenorganisation, der Entwicklung höchster Einheit der Leitung und strengster Disziplin. Die Honoratiorenherrschaft und die Lenkung durch die Parlamentarier hört auf. „Hauptberufliche“ Politiker *außerhalb* der Parlamente nehmen den Betrieb in die Hand. Entweder als „Unternehmer“ — wie der amerikanische Boss und auch der englische „Election agent“ es der Sache nach waren — oder als fest besoldeter Beamter. Formell findet eine weitgehende Demokratisierung statt. Nicht mehr die Parlamentsfraktion schafft die maßgeblichen Programme und nicht mehr die örtlichen Honoratioren haben die Aufstellung der Kandidaten in der Hand, sondern Versammlungen der organisierten Parteimitglieder wählen die Kandidaten aus und delegieren Mitglieder in die Versammlungen höherer Ordnung, deren es bis zum allgemeinen „Parteitag“ hinauf möglicherweise mehrere gibt. Der Tatsache nach liegt aber natürlich die Macht in den Händen derjenigen, welche *kontinuierlich* innerhalb des

3etriebes die Arbeit leisten, oder aber derjenigen, von welchen — :. B. als Mäcenaten oder Leitern mächtiger politischer Interessenten-:lubs (Tammany-Hall) — der Betrieb in seinem Gang pekuniär oder personal abhängig ist. Das Entscheidende ist, daß dieser ganze Menschenapparat — die „Maschine", wie man ihn in den angel-ächsischen Ländern bezeichnenderweise nennt — oder vielmehr iejenigen, die ihn leiten, den Parlamentariern Schach bieten und nnen ihren Willen ziemlich weitgehend aufzuzwingen in der Lage ind. Und das hat besonders Bedeutung für die Auslese der Füh-ung der Partei. Führer wird nun derjenige, dem die Maschine olgt, auch über den Kopf des Parlaments. Die Schaffung solcher Maschinen bedeutet, mit anderen Worten, den Einzug der plebis-itären Demokratie.

Die Parteigefolgschaft, vor allem der Parteibeamte und -unter-ehmer, erwarten vom Siege ihres Führers selbstverständlich per-önlichen Entgelt: Ämter oder andere Vorteile. Von ihm — nicht der doch nicht nur von den einzelnen Parlamentariern: das ist as Entscheidende. Sie erwarten vor allem: daß die demagogische Virkung der Führerpersönlichkeit im Wahlkampf der Partei timmen und Mandate, damit Macht zuführen und dadurch jene Chancen ihrer Anhänger, für sich den erhofften Entgelt zu finden, nöglichst ausweiten werde. Und ideell ist die Genugtuung, für nen Menschen in gläubiger persönlicher Hingabe und nicht nur ir ein abstraktes Programm einer aus Mittelmäßigkeiten bestehen-en Partei zu arbeiten: — dies „charismatische" Element allen ührertums, — eine der Triebfedern.

In sehr verschiedenem Maß und in stetem latentem Kampf it den um ihren Einfluß ringenden örtlichen Honoratioren und en Parlamentariern setzte sich diese Form durch. In den bürger-chen Parteien zuerst in den Vereinigten Staaten, dann in der ozialdemokratischen Partei vor allem Deutschlands. Stete Rück-chläge treten ein, sobald einmal kein allgemein anerkannter Führer ı ist, und Konzessionen aller Art müssen, auch wenn er da ist, er Eitelkeit und Interessiertheit der Parteihonoratioren gemacht erden. Vor allem aber kann auch die Maschine unter die Herr-chaft der Parteibeamten geraten, in deren Händen die regel-äßige Arbeit liegt. Nach Ansicht mancher sozialdemokratischer

Kreise sei ihre Partei dieser „Bureaukratisierung" verfallen gewesen. Indessen „Beamte" fügen sich einer demagogisch stark wirkenden Führerpersönlichkeit relativ leicht: ihre materiellen und ideellen Interessen sind ja intim mit der durch ihn erhofften Auswirkung der Parteimacht verknüpft, und die Arbeit für einen Führer ist an sich innerlich befriedigender. Weit schwerer ist der Aufstieg von Führern da, wo — wie in den bürgerlichen Parteien meist — neben den Beamten die „Honoratioren" den Einfluß auf die Partei in Händen haben. Denn diese „machen" ideell „ihr Leben" aus dem Vorstands- oder Ausschußmitgliedpöstchen, das sie innehaben. Ressentiment gegen den Demagogen als homo novus, die Überzeugung von der Überlegenheit parteipolitischer „Erfahrung" — die nun einmal auch tatsächlich von erheblicher Bedeutung ist — und die ideologische Besorgnis vor dem Zerbrechen der alten Parteitraditionen bestimmen ihr Handeln. Und in der Partei haben sie alle traditionalistischen Elemente für sich. Vor allem der ländliche, aber auch der kleinbürgerliche Wähler sieht auf den ihm von altersher vertrauten Honoratiorennamen und mißtraut dem ihm unbekannten Mann, um freilich, wenn dieser einmal den Erfolg für sich gehabt hat, nun ihm um so unerschütterlicher anzuhängen. Sehen wir uns an einigen Hauptbeispielen dieses Ringen der beiden Strukturformen und das namentlich von Ostrogorski geschilderte Hochkommen der plebiszitären Form einmal an.

Zunächst England: dort war die Parteiorganisation bis 1868 eine fast reine Honoratiorenorganisation. Die Tories stützten sich auf dem Lande etwa auf den anglikanischen Pfarrer, daneben — meist — den Schulmeister und vor allem die Großbesitzer der betreffenden county, die Whigs meist auf solche Leute wie den nonconformistischen Prediger (wo es ihn gab), den Posthalter, Schmied, Schneider, Seiler, solche Handwerker also, von denen — weil man mit ihnen am meisten plaudern kann — politischer Einfluß ausgehen konnte. In der Stadt schieden sich die Parteien teils nach ökonomischen, teils nach religiösen, teils einfach nach in den Familien überkommenen Parteimeinungen. Immer aber waren Honoratioren die Träger des politischen Betriebes. Darüber schwebte das Parlament und die Parteien mit dem Kabinett und mit dem „leader", der der Vorsitzende des Ministerrates oder der Opposition

war. Dieser leader hatte neben sich die wichtigste berufspolitische Persönlichkeit der Parteiorganisation: den „Einpeitscher" (whip). In seinen Händen lag die Ämterpatronage; an ihn hatten sich also die Stellenjäger zu wenden, er benahm sich darüber mit den Deputierten der einzelnen Wahlkreise. In diesen begann sich langsam eine Berufspolitikerschicht zu entwickeln, indem lokale Agenten geworben waren, die zunächst unbezahlt waren und ungefähr die Stellung unserer „Vertrauensmänner" einnahmen. Daneben aber entwickelte sich für die Wahlkreise eine kapitalistische Unternehmergestalt: der „Election Agent", dessen Existenz in der modernen, die Wahlreinheit sichernden Gesetzgebung Englands unvermeidlich war. Diese Gesetzgebung versuchte die Wahlkosten zu kontrollieren und der Macht des Geldes entgegenzutreten, indem sie den Kandidaten verpflichtete, anzugeben, was ihn die Wahl gekostet hatte: denn der Kandidat hatte — weit mehr, als dies früher auch bei uns vorkam — außer den Strapazen seiner Stimme auch das Vergnügen, den Geldbeutel zu ziehen. Der Election Agent ließ sich von ihm eine Pauschalsumme zahlen, wobei er ein gutes Geschäft zu machen pflegte. — In der Machtverteilung zwischen „leader" und Parteihonoratioren, im Parlament und im Lande, hatte der erstere in England von jeher, aus zwingenden Gründen der Ermöglichung einer großen und dabei stetigen Politik, eine sehr bedeutende Stellung. Immerhin war aber der Einfluß auch der Parlamentarier und Parteihonoratioren noch erheblich.

So etwa sah die alte Parteiorganisation aus, halb Honoratiorenwirtschaft, halb bereits Angestellten- und Unternehmerbetrieb. Seit 1868 aber entwickelte sich zuerst für lokale Wahlen in Birmingham, dann im ganzen Lande, das „Caucus"-System. Ein nonconformistischer Pfarrer und neben ihm Josef Chamberlain riefen dieses System ins Leben. Anlaß war die Demokratisierung des Wahlrechts. Zur Massengewinnung wurde es notwendig, einen ungeheuren Apparat von demokratisch aussehenden Verbänden ins Leben zu rufen, in jedem Stadtquartier einen Wahlverband zu bilden, unausgesetzt den Betrieb in Bewegung zu halten, alles straff zu bureaukratisieren: zunehmend angestellte bezahlte Beamte, von den lokalen Wahlkomitees, in denen bald im ganzen vielleicht 10 % der Wähler organisiert waren, gewählte Hauptvermittler mit Kooptationsrecht

als formelle Träger der Parteipolitik. Die treibende Kraft waren die lokalen, vor allem die an der Kommunalpolitik — überall der Quelle der fettesten materiellen Chancen — interessierten Kreise, die auch die Finanzmittel in erster Linie aufbrachten. Diese neuentstehende, nicht mehr parlamentarisch geleitete Maschine hatte sehr bald Kämpfe mit den bisherigen Machthabern zu führen, vor allen mit dem whip, bestand aber, gestützt auf die lokalen Interessenten, den Kampf derart siegreich, daß der whip sich fügen und mit ihr paktieren mußte. Das Resultat war eine Zentralisation der ganzen Gewalt in der Hand der wenigen und letztlich der einen Person, die an der Spitze der Partei stand. Denn in der liberalen Partei war das ganze System aufgekommen in Verbindung mit dem Emporsteigen Gladstones zur Macht. Das Faszinierende der Gladstoneschen „großen" Demagogie, der feste Glaube der Massen an den ethischen Gehalt seiner Politik und vor allem an den ethischen Charakter seiner Persönlichkeit war es, der diese Maschine so schnell zum Siege über die Honoratioren führte. Ein cäsaristisch-plebiszitäres Element in der Politik: der Diktator des Wahlschlachtfeldes, trat auf den Plan. Das äußerte sich sehr bald. 1877 wurde der Caucus zum erstenmal bei den staatlichen Wahlen tätig. Mit glänzendem Erfolg: Disraelis Sturz mitten in seinen großen Erfolgen war das Resultat. 1866 war die Maschine bereits derart vollständig charismatisch an der Person orientiert, daß, als die Home-rule-Frage aufgerollt wurde, der ganze Apparat von oben bis unten nicht fragte: Stehen wir sachlich auf dem Boden Gladstones?, sondern einfach auf das Wort Gladstones mit ihm abschwenkte und sagte: Was er tut, wir folgen ihm — und seinen eigenen Schöpfer, Chamberlain, im Stich ließ.

Diese Maschinerie bedarf eines erheblichen Personenapparates. Es sind immerhin wohl 2000 Personen in England, die direkt von der Politik der Parteien leben. Sehr viel zahlreicher sind freilich diejenigen, die rein als Stellenjäger oder als Interessenten in der Politik mitwirken, namentlich innerhalb der Gemeindepolitik. Neben den ökonomischen Chancen stehen für den brauchbaren Caucus-Politiker Eitelkeitschancen. „J. P." oder gar „M. P." zu werden, ist naturgemäß Streben des höchsten (normalen) Ehrgeizes, und solchen Leuten, die eine gute Kinderstube aufzuweisen

hatten, „gentlemen“ waren, wird das zuteil. Als Höchstes winkte, isnbesondere für große Geldmäzenaten — die Finanzen der Parteien beruhten zu vielleicht 50 % auf Spenden ungenannt bleibender Geber — die Peers-Würde.

Was war nun der Effekt des ganzen Systems? Daß heute die englischen Parlamentarier mit Ausnahme der paar Mitglieder des Kabinetts (und einiger Eigenbrödler) normalerweise nichts anderes als gut diszipliniertes Stimmvieh sind. Bei uns im Reichstag pflegte man zum mindesten durch Erledigung von Privatkorrespondenz auf dem Schreibtisch vor seinem Platz zu markieren, daß man für das Wohl des Landes tätig sei. Derartige Gesten werden in England nicht verlangt; das Parlamentsmitglied hat nur zu stimmen und nicht Parteiverrat zu begehen; es hat zu erscheinen, wenn die Einpeitscher rufen, zu tun, was je nachdem das Kabinett oder was der leader der Opposition verfügt. Die Caucus-Maschine draußen im Lande vollends ist, wenn ein starker Führer da ist, fast gesinnungslos und ganz in den Händen des leader. Über dem Parlament steht also damit der faktisch plebiszitäre Diktator, der die Massen vermittelst der „Maschine“ hinter sich bringt, und für den die Parlamentarier nur politische Pfründner sind, die in seiner Gefolgschaft stehen.

Wie findet nun die Auslese dieser Führerschaft statt? Zunächst: nach welcher Fähigkeit? Dafür ist — nächst den überall in der Welt entscheidenden Qualitäten des Willens — natürlich die Macht der demagogischen Rede vor allem maßgebend. Ihre Art hat sich geändert von den Zeiten her, wo sie sich, wie bei Cobden, an den Verstand wandte, zu Gladstone, der ein Techniker des scheinbar nüchternen „die-Tatsachen-sprechen-lassens“ war, bis zur Gegenwart, wo vielfach rein emotional mit Mitteln, wie sie auch die Heilsarmee verwendet, gearbeitet wird, um die Massen in Bewegung zu setzen. Den bestehenden Zustand darf man wohl eine „Diktatur, beruhend auf der Ausnutzung der Emotionalität der Massen“, nennen. — Aber das sehr entwickelte System der Komiteearbeit im englischen Parlament ermöglicht es und zwingt auch jeden Politiker, der auf Teilnahme an der Führung reflektiert, dort *mitzuarbeiten*. Alle erheblichen Minister der letzten Jahrzehnte haben diese sehr reale und wirksame Arbeitsschulung

hinter sich, und die Praxis der Berichterstattung und öffentlichen Kritik an diesen Beratungen bedingt es, daß diese Schule eine wirkliche Auslese bedeutet und den bloßen Demagogen ausschaltet.

So in England. Das dortige Caucus-System war aber nur eine abgeschwächte Form, verglichen mit der amerikanischen Parteiorganisation, die das plebiszitäre Prinzip besonders früh und besonders rein zur Ausprägung brachte. Das Amerika Washingtons sollte nach seiner Idee ein von „gentlemen" verwaltetes Gemeinwesen sein. Ein gentleman war damals auch drüben ein Grundherr oder ein Mann, der Kollege-Erziehung hatte. So war es auch zunächst. Als sich Parteien bildeten, nahmen anfangs die Mitglieder des Repräsentantenhauses in Anspruch, Leiter zu sein wie in England zur Zeit der Honoratiorenherrschaft. Die Parteiorganisation war ganz locker. Das dauerte bis 1824. Schon vor den zwanziger Jahren war in manchen Gemeinden — die auch hier die erste Stätte der modernen Entwicklung waren — die Parteimaschine im Werden. Aber erst die Wahl von Andrew Jackson zum Präsidenten, des Kandidaten der Bauern des Westens, warf die alten Traditionen über den Haufen. Das formelle Ende der Leitung der Parteien durch führende Parlamentarier ist bald nach 1840 eingetreten, als die großen Parlamentarier — Calhoun, Webster — aus dem politischen Leben ausschieden, weil das Parlament gegenüber der Parteimaschine draußen im Lande fast jede Macht verloren hatte. Daß die plebiszitäre „Maschine" in Amerika sich so früh entwickelte, hatte seinen Grund darin, daß dort, und nur dort, das Haupt der Exekutive und — darauf kam es an — der Chef der Amtspatronage ein plebiszitär gewählter Präsident und daß er, infolge der „Gewaltenteilung", in seiner Amtsführung vom Parlament fast unabhängig war. Ein richtiges Beuteobjekt von Amtspfründen winkte also als Lohn des Sieges gerade bei der Präsidentenwahl. Durch das von Andrew Jackson nun ganz systematisch zum Prinzip erhobene „spoil system" wurde die Konsequenz daraus gezogen.

Was bedeutet dies spoil system — die Zuwendung aller Bundesämter an die Gefolgschaft des siegreichen Kandidaten — für die Parteibildung heute? Daß ganz gesinnungslose Parteien einander

gegenüberstehen, reine Stellenjägerorganisationen, die für den einzelnen Wahlkampf ihre wechselnden Programme je nach der Chance des Stimmenfanges machen — in einem Maße wechselnd, wie dies trotz aller Analogien doch anderwärts sich nicht findet. Die Parteien sind eben ganz und gar zugeschnitten auf den für die Amtspatronage wichtigsten Wahlkampf: den um die Präsidentschaft der Union und um die Governorstellen der Einzelstaaten. Programme und Kandidaten werden in den „Nationalkonventionen" der Parteien ohne Intervention der Parlamentarier festgestellt: — von Parteitagen also, die formell sehr demokratisch von Delegiertenversammlungen beschickt werden, welche ihrerseits ihr Mandat den „primaries", den Urwählerversammlungen der Partei, verdanken. Schon in den primaries werden die Delegierten auf den Namen der Staatsoberhauptskandidaten gewählt; innerhalb der einzelnen Parteien tobt der erbittertste Kampf um die Frage der „Nomination". In den Händen des Präsidenten liegen immerhin 300000—400000 Beamtenernennungen, die von ihm, nur unter Zuziehung von Senatoren der Einzelstaaten, vollzogen werden. Die Senatoren sind also mächtige Politiker. Das Repräsentantenhaus dagegen ist politisch relativ sehr machtlos, weil ihm die Beamtenpatronage entzogen ist, und die Minister, reine Gehilfen des vom Volk gegen jedermann, auch das Parlament, legitimierten Präsidenten, unabhängig von seinem Vertrauen oder Mißtrauen ihres Amtes walten können: eine Folge der „Gewaltenteilung".

Das dadurch gestützte spoil system war in Amerika technisch möglich, weil bei der Jugend der amerikanischen Kultur eine reine Dilettantenwirtschaft ertragen werden konnte. Denn 300000 bis 400000 solcher Parteileute, die nichts für ihre Qualifikation anzuführen hatten als die Tatsache, daß sie ihrer Partei gute Dienste geleistet hatten, — dieser Zustand konnte selbstverständlich nicht bestehen ohne ungeheure Übelstände: Korruption und Vergeudung ohnegleichen, die nur ein Land mit noch unbegrenzten ökonomischen Chancen ertrug.

Diejenige Figur nun, die mit diesem System der plebiszitären Parteimaschine auf der Bildfläche erscheint, ist: der „Boß". Was ist der Boß? Ein politischer kapitalistischer Unternehmer, der

für seine Rechnung und Gefahr Wahlstimmen herbeischafft. Er kann als Rechtsanwalt oder Kneipwirt oder Inhaber ähnlicher Betriebe oder etwa als Kreditgeber seine ersten Beziehungen gewonnen haben. Von da aus spinnt er seine Fäden weiter, bis er eine bestimmte Anzahl von Stimmen zu „kontrollieren" vermag. Hat er es so weit gebracht, so tritt er mit den Nachbar-Bosses in Verbindung, erregt durch Eifer, Geschicklichkeit und vor allen Dingen: Diskretion die Aufmerksamkeit derjenigen, die es in der Karriere schon weiter gebracht haben, und steigt nun auf. Der Boß ist unentbehrlich für die Organisation der Partei. Die liegt zentralisiert in seiner Hand. Er beschafft sehr wesentlich die Mittel. Wie kommt er zu ihnen? Nun, teilweise durch Mitgliederbeiträge; vor allem durch Besteuerung der Gehälter jener Beamten, die durch ihn und seine Partei ins Amt kamen. Dann durch Bestechungs- und Trinkgelder. Wer eines der zahlreichen Gesetze ungestraft verletzen will, bedarf der Konnivenz der Bosses und muß sie bezahlen. Sonst erwachsen ihm unweigerlich Unannehmlichkeiten. Aber damit allein ist das erforderliche Betriebskapital noch nicht beschafft. Der Boß ist unentbehrlich als direkter Empfänger des Geldes der großen Finanzmagnaten. Die würden keinem bezahlten Parteibeamten oder irgend einem öffentlich rechnunglegenden Menschen überhaupt Geld für Wahlzwecke anvertrauen. Der Boß mit seiner klüglichen Diskretion in Geldsachen ist selbstverständlich der Mann derjenigen kapitalistischen Kreise, welche die Wahl finanzieren. Der typische Boß ist ein absolut nüchterner Mann. Er strebt nicht nach sozialer Ehre; der „professional" ist verachtet innerhalb der „guten Gesellschaft". Er sucht ausschließlich Macht, Macht als Geldquelle, aber auch: um ihrer selbst willen. Er arbeitet im Dunkeln, das ist sein Gegensatz zum englischen leader. Man wird ihn selbst nicht öffentlich reden hören; er suggeriert den Rednern, was sie in zweckmäßiger Weise zu sagen haben, er selbst aber schweigt. Er nimmt in aller Regel kein Amt an, außer dem des Senators im Bundessenat. Denn da die Senatoren an der Amtspatronage kraft Verfassung beteiligt sind, sitzen die leitenden Bosses oft in Person in dieser Körperschaft. Die Vergebung der Ämter erfolgt in erster Linie nach der Leistung für die Partei. Aber auch der Zuschlag gegen Geldgebote kam vielfach vor, und

es existierten für einzelne Ämter bestimmte Taxen: ein Ämter-
verkaufssystem, wie es die Monarchien des 17. und 18. Jahrhunderts
mit Einschluß des Kirchenstaates ja auch vielfach kannten.

Der Boß hat keine festen politischen „Prinzipien", er ist voll-
kommen gesinnungslos und fragt nur: Was fängt Stimmen? Er ist
nicht selten ein ziemlich schlecht erzogener Mann. Er pflegt aber
n seinem Privatleben einwandfrei und korrekt zu leben. Nur in
einer politischen Ethik paßt er sich naturgemäß der einmal ge-
gebenen Durchschnittsethik des politischen Handelns an, wie sehr
viele von uns in der Zeit des Hamsterns auch auf dem Gebiete der
ökonomischen Ethik getan haben dürften. Daß man ihn als „pro-
essional", als Berufspolitiker, gesellschaftlich verachtet, ficht ihn
nicht an. Daß er selbst nicht in die großen Ämter der Union gelangt
und gelangen will, hat dabei den Vorzug: daß nicht selten partei-
remde Intelligenzen: Notabilitäten also, und nicht immer wieder
die alten Parteihonoratioren wie bei uns, in die Kandidatur hinein-
kommen, wenn die Bosses sich davon Zugkraft bei den Wahlen
versprechen. Gerade die Struktur dieser gesinnungslosen Parteien
mit ihren gesellschaftlich verachteten Machthabern hat daher
tüchtigen Männern zur Präsidentschaft verholfen, die bei uns nie-
mals hochgekommen wären. Freilich, gegen einen Outsider, der
ihren Geld- und Machtquellen gefährlich werden könnte, sträuben
sich die Bosses. Aber im Konkurrenzkampf um die Gunst der
Wähler haben sie nicht selten sich zur Akzeptierung gerade von
solchen Kandidaten herbeilassen müssen, die als Korruptions-
gegner galten.

Hier ist also ein stark kapitalistischer, von oben bis unten straff
durchorganisierter Parteibetrieb vorhanden, gestützt auch durch
die überaus festen, ordensartig organisierten Klubs von der Art
von Tammany Hall, die ausschließlich die Profiterzielung durch
politische Beherrschung vor allem von Kommunalverwaltungen —
auch hier des wichtigsten Ausbeutungsobjektes — erstreben.
Möglich war diese Struktur des Parteilebens infolge der hoch-
gradigen Demokratie der Vereinigten Staaten als eines „Neulandes".
Dieser Zusammenhang nun bedingt, daß dies System im langsamen
Absterben begriffen ist. Amerika kann nicht mehr nur durch
Dilettanten regiert werden. Von amerikanischen Arbeitern bekam

man noch vor 15 Jahren auf die Frage, warum sie sich so von Politikern regieren ließen, die sie selbst zu verachten erklärten, die Antwort: „Wir haben lieber Leute als Beamte, auf die wir spucken, als wie bei euch eine Beamtenkaste, die auf uns spuckt.“ Das war der alte Standpunkt amerikanischer „Demokratie“: die Sozialisten dachten schon damals völlig anders. Der Zustand wird nicht mehr ertragen. Die Dilettantenverwaltung reicht nicht mehr aus, und die Civil Service Reform schafft lebenslängliche pensionsfähige Stellen in stets wachsender Zahl, und bewirkt so, daß auf der Universität geschulte Beamte, genau so unbestechlich und tüchtig wie die unsrigen in die Ämter kommen. Rund 100000 Ämter sind schon jetzt nicht mehr im Wahlturnus Beuteobjekt, sondern pensionsfähig und an Qualifikationsnachweis geknüpft. Das wird das spoil system langsam mehr zurücktreten lassen, und die Art der Parteileitung wird sich dann wohl ebenfalls umbilden, wir wissen nur noch nicht, wie.

In Deutschland waren die entscheidenden Bedingungen des politischen Betriebes bisher im wesentlichen folgende. Erstens: Machtlosigkeit der Parlamente. Die Folge war: daß kein Mensch, der Führerqualität hatte, dauernd hineinging. Gesetzt den Fall, man wollte hineingehen, — was konnte man dort tun? Wenn eine Kanzleistelle frei wurde, konnte man dem betreffenden Verwaltungschef sagen: ich habe in meinem Wahlkreis einen sehr tüchtigen Mann, der wäre geeignet, nehmen sie den doch. Und das geschah gern. Das war aber so ziemlich alles, was ein deutscher Parlamentarier für die Befriedigung seiner Machtinstinkte erreichen konnte, — wenn er solche hatte. Dazu trat — und dies zweite Moment bedingte das erste —: die ungeheure Bedeutung des geschulten Fachbeamtentums in Deutschland. Wir waren darin die ersten der Welt. Diese Bedeutung brachte es mit sich, daß dies Fachbeamtentum nicht nur die Fachbeamtenstellen, sondern auch die Ministerposten für sich beanspruchte. Im bayerischen Landtag ist es gewesen, wo im vorigen Jahre, als die Parlamentarisirung zur Diskussion stand, gesagt wurde: die begabten Leute werden dann nicht mehr Beamte werden, wenn man die Parlamentarier in die Ministerien setzt. Die Beamtenverwaltung entzog sich überdies systematisch einer solchen Art von Kontrolle, wie sie die englischen Komitee-Erörterungen

ɔedeuten, und setzte so die Parlamente außer stand — von wenigen
\usnahmen abgesehen —, wirklich brauchbare Verwaltungschefs in
hrer Mitte heranzubilden.

Das dritte war, daß wir in Deutschland, im Gegensatz zu
\merika, gesinnungspolitische Parteien hatten, die zum mindesten
nit subjektiver bona fides behaupteten, daß ihre Mitglieder „Welt-
ınschauungen" vertraten. Die beiden wichtigsten dieser Parteien:
las Zentrum einerseits, die Sozialdemokratie anderseits, waren
ıun aber geborene Minoritätsparteien, und zwar nach ihrer eigenen
\bsicht. Die führenden Zentrumskreise im Reich haben nie ein
Iehl daraus gemacht, daß sie deshalb gegen den Parlamentarismus
eien, weil sie fürchteten, in die Minderheit zu kommen und ihnen
lann die Unterbringung von Stellenjägern wie bisher, durch Druck
uf die Regierung, erschwert würde. Die Sozialdemokratie war
ɔrinzipielle Minderheitspartei und ein Hemmnis der Parlamentari-
ierung, weil sie sich mit der gegebenen politisch-bürgerlichen
)rdnung nicht beflecken wollte. Die Tatsache, daß beide Parteien
ich ausschlossen vom parlamentarischen System, machte dieses
ınmöglich.

Was wurde dabei aus den deutschen Berufspolitikern? Sie
ıatten keine Macht, keine Verantwortung, konnten nur eine ziem-
ich subalterne Honoratiorenrolle spielen und waren infolgedessen
ıeuerlich beseelt von den überall typischen Zukunftsinstinkten.
Es war unmöglich, im Kreise dieser Honoratioren, die ihr Leben
ıus ihrem kleinen Pöstchen machten, hoch zu steigen für einen
hnen nicht gleichgearteten Mann. Ich könnte aus jeder Partei,
elbstverständlich die Sozialdemokratie nicht ausgenommen, zahl-
eiche Namen nennen, die Tragödien der politischen Laufbahn
ɔedeuteten, weil der Betreffende Führerqualitäten hatte und um
ben deswillen von den Honoratioren nicht geduldet wurde. Diesen
Veg der Entwicklung zur Honoratiorenzunft sind alle unsere Par-
eien gegangen. Bebel z. B. war noch ein Führer, dem Temperament
ınd der Lauterkeit des Charakters nach, so bescheiden sein Intellekt
var. Die Tatsache, daß er Märtyrer war, daß er das Vertrauen der
Aassen niemals täuschte (in deren Augen), hatte zur Folge, daß
r sie schlechthin hinter sich hatte und es keine Macht innerhalb
ler Partei gab, die ernsthaft gegen ihn hätte auftreten können.

Nach seinem Tode hatte das ein Ende, und die Beamtenherrschaft begann. Gewerkschaftsbeamte, Parteisekretäre, Journalisten kamen in die Höhe, Beamteninstinkte beherrschten die Partei, ein höchst ehrenhaftes Beamtentum — selten ehrenhaft darf man, mit Rücksicht auf die Verhältnisse anderer Länder, besonders im Hinblick auf die oft bestechlichen Gewerkschaftsbeamten in Amerika, sagen —, aber die früher erörterten Konsequenzen der Beamtenherrschaft traten auch in der Partei ein.

Die bürgerlichen Parteien wurden seit den achtziger Jahren vollends Honoratiorenzünfte. Gelegentlich zwar mußten die Parteien zu Reklamezwecken außerparteiliche Intelligenzen heranziehen, um sagen zu können: „diese und diese Namen haben wir." Möglichst vermieden sie es, dieselben in die Wahl hineinkommen zu lassen, und nur wo es unvermeidlich war, der Betreffende es sich nicht anders gefallen ließ, geschah es.

Im Parlamente der gleiche Geist. Unsere Parlamentsparteien waren und sind Zünfte. Jede Rede, die gehalten wird im Plenum des Reichstages, ist vorher durchrezensiert in der Partei. Das merkt man ihrer unerhörten Langweile an. Nur wer als Redner bestellt ist, kann zu Wort kommen. Ein stärkerer Gegensatz gegen die englische, aber auch — aus ganz entgegengesetzten Gründen — die französische Gepflogenheit ist kaum denkbar.

Jetzt ist infolge des gewaltigen Zusammenbruchs, den man Revolution zu nennen pflegt, vielleicht eine Umwandlung im Gange. Vielleicht — nicht sicher. Zunächst traten Ansätze zu neuen Arten von Parteiapparaten auf. Erstens Amateurapparate. Besonders oft vertreten durch Studenten der verschiedenen Hochschulen, die einem Mann, dem sie Führerqualitäten zuschreiben, sagen: wir wollen für Sie die nötige Arbeit versehen, führen Sie sie aus. Zweitens geschäftsmännische Apparate. Es kam vor, daß Leute zu Männern kamen, denen sie Führerqualitäten zuschrieben, und sich erboten, gegen feste Beträge für jede Wahlstimme die Werbung zu übernehmen. — Wenn Sie mich ehrlich fragen würden, welchen von diesen beiden Apparaten ich unter rein technisch-politischen Gesichtspunkten für verläßlicher halten wollte, so würde ich, glaube ich, den letzteren vorziehen. Aber beides waren schnell aufsteigende Blasen, die rasch wieder verschwanden. Die vor-

andenen Apparate schichteten sich um, arbeiteten aber weiter. ene Erscheinungen waren nur ein Symptom dafür, daß die neuen pparate sich vielleicht schon einstellen würden, wenn nur — die ührer da wären. Aber schon die technische Eigentümlichkeit des erhältniswahlrechts schloß deren Hochkommen aus. Nur ein aar Diktatoren der Straße entstanden und gingen wieder unter. nd nur die Gefolgschaft der Straßendiktatur ist in fester isziplin organisiert: daher die Macht dieser verschwindenden inderheiten.

Nehmen wir an, das änderte sich, so muß man sich nach dem üher Gesagten klarmachen: die Leitung der Parteien durch plebisitäre Führer bedingt die „Entseelung" der Gefolgschaft, ihre eistige Proletarisierung könnte man sagen. Um für den Führer ls Apparat brauchbar zu sein, muß sie blind gehorchen, Maschine n amerikanischen Sinne sein, nicht gestört durch Honoratioren- itelkeit und Prätensionen eigener Ansichten. Lincolns Wahl war nur urch diesen Charakter der Parteiorganisation möglich, und bei ladstone trat, wie erwähnt, das gleiche im Caucus ein. Es ist das ben der Preis, womit man die Leitung durch Führer zahlt. Aber s gibt nur die Wahl: Führerdemokratie mit „Maschine" oder führer- se Demokratie, das heißt: die Herrschaft der „Berufspolitiker" ohne eruf, ohne die inneren, charismatischen Qualitäten, die eben zum ührer machen. Und das bedeutet dann das, was die jeweilige arteifronde gewöhnlich als Herrschaft des „Klüngels" bezeichnet. orläufig haben wir nur dies letztere in Deutschland. Und für die ukunft wird der Fortbestand, im Reich wenigstens, begünstigt inmal dadurch, daß doch wohl der Bundesrat wiedererstehen und otwendig die Macht des Reichstages und damit seine Bedeutung ls Auslesestelle von Führern beschränken wird. Ferner durch das erhältniswahlrecht, so, wie es jetzt gestaltet ist: eine typische Er- cheinung der führerlosen Demokratie, nicht nur weil es den Kuh- andel der Honoratioren um die Placierung begünstigt, sondern uch weil es künftig den Interessentenverbänden die Möglichkeit ibt, die Aufnahme ihrer Beamten in die Listen zu erzwingen und o ein unpolitisches Parlament zu schaffen, in dem echtes Führer- um keine Stätte findet. Das einzige Ventil für das Bedürfnis nach ührertum könnte der Reichspräsident werden, wenn er plebiszitär,

nicht parlamentarisch, gewählt wird. Führertum auf dem Boden der Arbeitsbewährung könnte entstehen und ausgelesen werden vor allem dann, wenn in den großen Kommunen, wie in den Vereinigten Staaten überall da, wo man der Korruption ernstlich zu Leibe wollte, der plebiszitäre Stadtdiktator mit dem Recht, sich seine Bureaus selbständig zusammenzustellen, auf der Bildfläche erscheinen würde. Das würde eine auf solche Wahlen zugeschnittene Parteiorganisation bedingen. Aber die durchaus kleinbürgerliche Führerfeindschaft aller Parteien, mit Einschluß vor allem der Sozialdemokratie, läßt die künftige Art der Gestaltung der Parteien und damit all dieser Chancen noch ganz im Dunkel liegen.

Es ist daher heute noch in keiner Weise zu übersehen, wie sich äußerlich der Betrieb der Politik als „Beruf" gestalten wird, noch weniger infolgedessen: auf welchem Wege sich Chancen für politisch Begabte eröffnen, vor eine befriedigende politische Aufgabe gestellt zu werden. Für den, der „von" der Politik zu leben durch seine Vermögenslage genötigt ist, wird wohl immer die Alternative: Journalistik oder Parteibeamtenstellung als die typischen direkten Wege, oder eine der Interessenvertretungen: bei einer Gewerkschaft, Handelskammer, Landwirtschaftskammer, Handwerkskammer, Arbeitskammer, Arbeitgeberverbänden usw., oder geeignete kommunale Stellungen in Betracht kommen. Weiteres läßt sich über die äußere Seite nichts sagen als nur dies: daß der Parteibeamte mit dem Journalisten das Odium der „Deklassiertheit" trägt. „Lohnschreiber" dort — „Lohnredner" hier wird es leider immer, sei es noch so unausgesprochen, in die Ohren klingen; wer dagegen innerlich wehrlos ist und sich selbst nicht die richtige Antwort zu geben vermag, bleibe dieser Laufbahn fern, die in jedem Falle neben schweren Versuchungen ein Weg ist, der fortwährende Enttäuschungen bringen kann. Was vermag sie nun an inneren Freuden zu bieten, und welche persönlichen Vorbedingungen setzt sie bei dem voraus, der sich ihr zuwendet?

Nun, sie gewährt zunächst: Machtgefühl. Selbst in den formell bescheidenen Stellungen vermag den Berufspolitiker das Bewußtsein von Einfluß auf Menschen, von Teilnahme an der Macht über sie, vor allem aber: das Gefühl, einen Nervenstrang historisch wichtigen Geschehens mit in Händen zu halten, über den Alltag

inauszuheben. Aber die Frage ist nun für ihn: durch welche
Qualitäten kann er hoffen, dieser (sei es auch im Einzelfall noch so
ng umschriebenen) Macht und also der Verantwortung, die sie auf
hn legt, gerecht zu werden? Damit betreten wir das Gebiet ethischer
Fragen; denn dahin gehört die Frage: was für ein Mensch man sein
nuß, um seine Hand in die Speichen des Rades der Geschichte
egen zu dürfen.

Man kann sagen, daß drei Qualitäten vornehmlich entscheidend
ind für den Politiker: Leidenschaft — Verantwortungsgefühl —
ugenmaß. Leidenschaft im Sinne von Sachlichkeit: leiden-
chaftliche Hingabe an eine „Sache", an den Gott oder Dämon,
er ihr Gebieter ist. Nicht im Sinne jenes inneren Gebarens, welches
nein verstorbener Freund Georg Simmel als „sterile Aufgeregt-
eit" zu bezeichnen pflegte, wie sie einem bestimmten Typus vor
llem russischer Intellektueller (nicht etwa: allen von ihnen!)
ignete und welches jetzt in diesem Karneval, den man mit den
tolzen Namen einer „Revolution" schmückt, eine so große Rolle
uch bei unsern Intellektuellen spielt: eine ins Leere verlaufende
Romantik des intellektuell Interessanten" ohne alles sachliche
Verantwortungsgefühl. Denn mit der bloßen, als noch so echt
mpfundenen Leidenschaft ist es freilich nicht getan. Sie macht
icht zum Politiker, wenn sie nicht, als Dienst in einer „Sache",
uch die Verantwortlichkeit gegenüber ebendieser Sache zum
ntscheidenden Leitstern des Handelns macht. Und dazu bedarf
s — und das ist die entscheidende psychologische Qualität des
Politikers — des Augenmaßes, der Fähigkeit, die Realitäten mit
nnerer Sammlung und Ruhe auf sich wirken zu lassen, also:
ler Distanz zu den Dingen und Menschen. „Distanzlosigkeit",
ein als solche, ist eine der Todsünden jeden Politkers und eine
ener Qualitäten, deren Züchtung bei dem Nachwuchs unserer
ntellektuellen sie zu politischer Unfähigkeit verurteilen wird.
Denn das Problem ist eben: wie heiße Leidenschaft und kühles
Augenmaß miteinander in derselben Seele zusammengezwungen
verden können? Politik wird mit dem Kopfe gemacht, nicht mit
nderen Teilen des Körpers oder der Seele. Und doch kann die
Hingabe an sie, wenn sie nicht ein frivoles intellektuelles Spiel,
ondern menschlich echtes Handeln sein soll, nur aus Leidenschaft

geboren und gespeist werden. Jene starke Bändigung der Seele aber, die den leidenschaftlichen Politiker auszeichnet, und ihn von den bloßen „steril aufgeregten" politischen Dilettanten unterscheidet, ist nur durch die Gewöhnung an Distanz — in jedem Sinn des Wortes — möglich. Die „Stärke" einer politischen „Persönlichkeit" bedeutet in allererster Linie den Besitz dieser Qualitäten.

Einen ganz trivialen, allzu menschlichen Feind hat daher der Politiker täglich und stündlich zu überwinden: die ganz gemeine Eitelkeit, die Todfeindin aller sachlichen Hingabe und aller Distanz, in diesem Fall: der Distanz, sich selbst gegenüber.

Eitelkeit ist eine sehr verbreitete Eigenschaft, und vielleicht ist niemand ganz frei davon. Und in akademischen und Gelehrtenkreisen ist sie eine Art von Berufskrankheit. Aber gerade beim Gelehrten ist sie, so antipathisch sie sich äußern mag, relativ harmlos in dem Sinn: daß sie in aller Regel den wissenschaftlichen Betrieb nicht stört. Ganz anders beim Politiker. Er arbeitet mit dem Streben nach Macht als unvermeidlichem Mittel. „Machtinstinkt" — wie man sich auszudrücken pflegt — gehört daher in der Tat zu seinen normalen Qualitäten. — Die Sünde gegen den heiligen Geist seines Berufs aber beginnt da, wo dieses Machtstreben unsachlich und ein Gegenstand rein persönlicher Selbstberauschung wird, anstatt ausschließlich in den Dienst der „Sache" zu treten. Denn es gibt letztlich nur zwei Arten von Todsünden auf dem Gebiet der Politik: Unsachlichkeit und — oft, aber nicht immer, damit identisch — Verantwortungslosigkeit. Die Eitelkeit: das Bedürfnis, selbst möglichst sichtbar in den Vordergrund zu treten, führt den Politiker am stärksten in Versuchung, eine von beiden, oder beide zu begehen. Um so mehr, als der Demagoge auf „Wirkung" zu rechnen gezwungen ist, — er ist eben deshalb stets in Gefahr, sowohl zum Schauspieler zu werden wie die Verantwortung für die Folgen seines Tuns leicht zu nehmen und nur nach dem „Eindruck" zu fragen, den er macht. Seine Unsachlichkeit legt ihm nahe, den glänzenden Schein der Macht statt der wirklichen Macht zu erstreben, seine Verantwortungslosigkeit aber: die Macht lediglich um ihrer selbst willen, ohne inhaltlichen Zweck, zu genießen. Denn obwohl, oder vielmehr: gerade weil

Macht das unvermeidliche Mittel, und Machtstreben daher eine
der treibenden Kräfte der Politik ist, gibt es keine verderblichere
Verzerrung der politischen Kraft, als das parvenumäßige Bramar-
basieren mit Macht und die eitle Selbstbespiegelung in dem Gefühl
der Macht, überhaupt jede Anbetung der Macht rein als solcher.
Der bloße „Machtpolitiker“, wie ihn ein auch bei uns eifrig be-
triebener Kult zu verklären sucht, mag stark wirken, aber er wirkt
in der Tat ins Leere und Sinnlose. Darin haben die Kritiker der
„Machtpolitik“ vollkommen recht. An dem plötzlichen inneren
Zusammenbruche typischer Träger dieser Gesinnung haben wir
erleben können, welche innere Schwäche und Ohnmacht sich
hinter dieser protzigen, aber gänzlich leeren Geste verbirgt. Sie
ist Produkt einer höchst dürftigen und oberflächlichen Blasiert-
heit gegenüber dem *Sinn* menschlichen Handelns, welche keinerlei
Verwandtschaft hat mit dem Wissen um die Tragik, in die alles
Tun, zumal aber das politische Tun, in Wahrheit verflochten ist.

Es ist durchaus wahr und eine — jetzt hier nicht näher zu
begründende — Grundtatsache aller Geschichte, daß das schließ-
liche Resultat politischen Handelns oft, nein: geradezu regel-
mäßig, in völlig unadäquatem, oft in geradezu paradoxem Verhältnis
zu seinem ursprünglichen Sinn steht. Aber deshalb darf dieser Sinn:
der Dienst an einer *Sache*, doch nicht etwa fehlen, wenn anders
das Handeln inneren Halt haben soll. *Wie* die Sache auszusehen
hat, in deren Dienst der Politiker Macht erstrebt und Macht ver-
wendet, ist Glaubenssache. Es kann nationalen oder menschheit-
lichen, sozialen und ethischen oder kulturlichen, innerweltlichen
oder religiösen Zielen dienen, er kann getragen sein von starkem
Glauben an den „Fortschritt“ — gleichviel in welchem Sinn —
oder aber diese Art von Glauben kühl ablehnen, kann im Dienst
einer „Idee“ zu stehen beanspruchen oder unter prinzipieller
Ablehnung dieses Anspruchs äußeren Zielen des Alltagslebens
dienen wollen, — immer muß irgendein Glaube *da* sein. Sonst
lastet in der Tat — das ist völlig richtig — der Fluch kreatürlicher
Nichtigkeit auch auf den äußerlich stärksten politischen Erfolgen.

Mit dem Gesagten sind wir schon in der Erörterung des letzten
uns heute abend angehenden Problems begriffen: des *Ethos* der
Politik als „Sache“. Welchen Beruf kann sie selbst, ganz unab-

hängig von ihren Zielen, innerhalb der sittlichen Gesamtökonomie der Lebensführung ausfüllen? Welches ist, sozusagen, der ethische Ort, an dem sie beheimatet ist? Da stoßen nun freilich letzte Weltanschauungen aufeinander, zwischen denen schließlich gewählt werden muß. Gehen wir resolut an das neuerdings wieder — nach meiner Ansicht in recht verkehrter Art — aufgerollte Problem heran.

Befreien wir es aber zunächst von einer ganz trivialen Verfälschung. Es kann nämlich zunächst die Ethik auftreten in einer sittlich höchst fatalen Rolle. Nehmen wir Beispiele. Sie werden selten finden, daß ein Mann, dessen Liebe sich von einer Frau ab- und einer andern zuwendet, nicht das Bedürfnis empfindet, dies dadurch vor sich selbst zu legitimieren, daß er sagt: sie war meiner Liebe nicht wert, oder sie hat mich enttäuscht, oder was dergleichen „Gründe" mehr sind. Eine Unritterlichkeit, die zu dem schlichten Schicksal: daß er sie nicht mehr liebt, und daß die Frau das tragen muß, in tiefer Unritterlichkeit sich eine „Legitimität" hinzudichtet, kraft deren er für sich ein Recht in Anspruch nimmt und zu dem Unglück noch das Unrecht auf sie zu wälzen trachtet. Ganz ebenso verfährt der erfolgreiche erotische Konkurrent: der Gegner muß der wertlosere sein, sonst wäre er nicht unterlegen. Nichts anderes ist es aber selbstverständlich, wenn nach irgendeinem siegreichen Krieg der Sieger in würdeloser Rechthaberei beansprucht: ich siegte, denn ich hatte recht. Oder, wenn jemand unter den Fürchterlichkeiten des Krieges seelisch zusammenbricht und nun, anstatt schlicht zu sagen: es war eben zu viel, jetzt das Bedürfnis empfindet, seine Kriegsmüdigkeit vor sich selbst zu legitimieren, indem er die Empfindung substituiert: ich konnte das deshalb nicht ertragen, weil ich für eine sittlich schlechte Sache fechten mußte. Und ebenso bei dem im Kriege Besiegten. Statt nach alter Weiber Art nach einem Kriege nach dem „Schuldigen" zu suchen, — wo doch die Struktur der Gesellschaft den Krieg erzeugte —, wird jede männliche und herbe Haltung dem Feinde sagen: „Wir verloren den Krieg — ihr habt ihn gewonnen. Das ist nun erledigt: nun laßt uns darüber reden, welche Konsequenzen zu ziehen sind entsprechend den *sachlichen* Interessen, die im Spiel waren, und — die Hauptsache — angesichts der Verant-

wortung vor der Zukunft, die vor allem den Sieger belastet."
Alles andere ist würdelos und rächt sich. Verletzung ihrer Inter-
essen verzeiht eine Nation, nicht aber Verletzung ihrer Ehre, am
wenigsten eine solche durch pfäffische Rechthaberei. Jedes neue
Dokument, das nach Jahrzehnten ans Licht kommt, läßt das würde-
lose Gezeter, den Haß und Zorn wieder aufleben, statt daß der
Krieg mit seinem Ende wenigsten sittlich begraben würde. Das
ist nur durch Sachlichkeit und Ritterlichkeit, vor allem nur: durch
Würde möglich. Nie aber durch eine „Ethik", die in Wahrheit
eine Würdelosigkeit beider Seiten bedeutet. Anstatt sich um das
zu kümmern, was den Politiker angeht: die Zukunft und die Ver-
antwortung vor ihr, befaßt sie sich mit politisch sterilen, weil un-
austragbaren Fragen der Schuld in der Vergangenheit. Dies zu
tun, ist politische Schuld, wenn es irgendeine gibt. Und dabei
wird überdies die unvermeidliche Verfälschung des ganzen Pro-
blems durch sehr materielle Interessen übersehen: Interessen des
Siegers am höchstmöglichen Gewinn — moralischen und mate-
riellen —, Hoffnungen des Besiegten darauf, durch Schuldbekennt-
nisse Vorteile einzuhandeln: wenn es irgend etwas gibt, was
„gemein" ist, dann dies, und das ist die Folge dieser Art von
Benutzung der „Ethik" als Mittel des „Rechthabens".

Wie steht es denn aber mit der wirklichen Beziehung zwischen
Ethik und Politik? Haben sie, wie man gelegentlich gesagt hat,
gar nichts miteinander zu tun? Oder ist es umgekehrt richtig, daß
„dieselbe" Ethik für das politische Handeln wie für jedes andere
gelte? Man hat zuweilen geglaubt, zwischen diesen beiden Be-
hauptungen bestehe eine ausschließliche Alternative; entweder die
eine oder die andere sei richtig. Aber ist es denn wahr: daß für
erotische und geschäftliche, familiäre und amtliche Beziehungen,
für die Beziehungen zu Ehefrau, Gemüsefrau, Sohn, Konkur-
renten, Freund, Angeklagten die inhaltlich gleichen Gebote
von irgendeiner Ethik der Welt aufgestellt werden könnten?
Sollte es wirklich für die ethischen Anforderungen an die Politik
so gleichgültig sein, daß diese mit einem sehr spezifischen Mittel:
Macht, hinter der Gewaltsamkeit steht, arbeitet? Sehen wir
nicht, daß die bolschewistischen und spartakistischen Ideologen,
eben weil sie dieses Mittel der Politik anwenden, genau die

gleichen Resultate herbeiführen wie irgendein militaristischer Diktator? Wodurch als eben durch die Person der Gewalthaber und ihren Dilettantismus unterscheidet sich die Herrschaft der Arbeiter- und Soldatenräte von der eines beliebigen Machthabers des alten Regimes? Wodurch die Polemik der meisten Vertreter der vermeintlich neuen Ethik selbst gegen die von ihnen kritisierten Gegner von der irgendwelcher anderer Demagogen? Durch die edle Absicht! wird gesagt werden. Gut. Aber das Mittel ist es, wovon hier die Rede ist, und den Adel ihrer letzten Absichten nehmen die befehdeten Gegner mit voller subjektiver Wirklichkeit ganz ebenso für sich in Anspruch. „Wer zum Schwert greift, wird durch das Schwert umkommen," und Kampf ist überall Kampf. Also: — die Ethik der Bergpredigt? Mit der Bergpredigt — gemeint ist: die absolute Ethik des Evangeliums — ist es eine ernstere Sache, als die glauben, die diese Gebote gern zitieren. Mit ihr ist nicht zu spaßen. Von ihr gilt, was man von der Kausalität in der Wissenschaft gesagt hat: sie ist kein Fiaker, den man beliebig halten lassen kann, um nach Befinden ein- und auszusteigen. Sondern: ganz oder gar nicht, das gerade ist ihr Sinn, wenn etwas anderes als Trivialitäten herauskommen soll. Also z. B.: der reiche Jüngling: „er aber ging traurig davon, denn er hatte viele Güter". Das evangelische Gebot ist unbedingt und eindeutig: gib her, was du hast — alles, schlechthin. Der Politiker wird sagen: eine sozial sinnlose Zumutung, solange es nicht für alle durchgesetzt wird. Also: Besteuerung, Wegsteuerung, Konfiskation, — mit einem Wort: Zwang und Ordnung gegen alle. Das ethische Gebot aber fragt darnach gar nicht, das ist sein Wesen. Oder: „halte den anderen Backen hin!" Unbedingt, ohne zu fragen, wieso es dem andern zukommt, zu schlagen. Eine Ethik der Würdelosigkeit — außer: für einen Heiligen. Das ist es: man muß ein Heiliger sein in allem, zum mindesten dem Wollen nach, muß leben wie Jesus, die Apostel, der heilige Franz und seinesgleichen, dann ist die Ethik sinnvoll und Ausdruck einer Würde. Sonst nicht. Denn wenn es in Konsequenz der akosmistischen Liebesethik heißt: „dem Übel nicht widerstehen mit Gewalt", — so gilt für den Politiker umgekehrt der Satz: du sollst dem Übel gewaltsam widerstehen, sonst — bist du für seine Überhandnahme

verantwortlich. Wer nach der Ethik des Evangeliums handeln will, der enthalte sich der Streiks — denn sie sind: Zwang — und gehe in die gelben Gewerkschaften. Er rede aber vor allen Dingen nicht von „Revolution". Denn jene Ethik will doch wohl nicht lehren: daß gerade der Bürgerkrieg der einzig legitime Krieg sei. Der nach dem Evangelium handelnde Pazifist wird die Waffen ablehnen oder fortwerfen, wie es in Deutschland empfohlen wurde, als ethische Pflicht, um dem Krieg und damit: jedem Krieg, ein Ende zu machen. Der Politiker wird sagen: das einzig sichere Mittel, den Krieg für alle absehbare Zeit zu diskretieren, wäre ein status-quo-Friede gewesen. Dann hätten sich die Völker gefragt: wozu war der Krieg? Er wäre ad absurdum geführt gewesen, — was jetzt nicht möglich ist. Denn für die Sieger — mindestens für einen Teil von ihnen — wird er sich politisch rentiert haben. Und dafür ist jenes Verhalten verantwortlich, das uns jeden Widerstand unmöglich machte. Nun wird — wenn die Ermattungsepoche vorbei sein wird — der Frieden diskreditiert sein, nicht der Krieg: eine Folge der absoluten Ethik.

Endlich: die Wahrheitspflicht. Sie ist für die absolute Ethik unbedingt. Also, hat man gefolgert: Publikation aller, vor allem der das eigne Land belastenden Dokumente und auf Grund dieser einseitigen Publikation: Schuldbekenntnis, einseitig, bedingungslos, ohne Rücksicht auf die Folgen. Der Politiker wird finden, daß im Erfolg dadurch die Wahrheit nicht gefördert, sondern durch Mißbrauch und Entfesselung von Leidenschaft sicher verdunkelt wird; daß nur eine allseitige planmäßige Feststellung durch Unparteiische Frucht bringen könnte, jedes andere Vorgehen für die Nation, die derartig verfährt, Folgen haben kann, die in Jahrzehnten nicht wieder gut zu machen sind. Aber nach „Folgen" fragt eben die absolute Ethik nicht.

Da liegt der entscheidende Punkt. Wir müssen uns klar machen, daß alles ethisch orientierte Handeln unter zwei voneinander grundverschiedenen, unaustragbar gegensätzlichen Maximen stehen kann: es kann „gesinnungsethisch" oder „verantwortungsethisch" orientiert sein. Nicht daß Gesinnungsethik mit Verantwortungslosigkeit und Verantwortungsethik mit Gesinnungslosigkeit identisch wäre. Davon ist natürlich keine Rede. Aber es ist ein abgrundtiefer

Gegensatz, ob man unter der gesinnungsethischen Maxime handelt — religiös geredet —: „der Christ tut recht und stellt den Erfolg Gott anheim“, oder unter der verantwortungsethischen: daß man für die (voraussehbaren) Folgen seines Handelns aufzukommen hat. Sie mögen einem überzeugten gesinnungsethischen Syndikalisten noch so überzeugend darlegen: daß die Folgen seines Tuns die Steigerung der Chancen der Reaktion, gesteigerte Bedrückung seiner Klasse, Hemmung ihres Aufstiegs sein werden, — und es wird auf ihn gar keinen Eindruck machen, Wenn die Folgen einer aus reiner Gesinnung fließenden Handlung üble sind, so gilt ihm nicht der Handelnde, sondern die Welt dafür verantwortlich, die Dummheit der anderen Menschen oder — der Wille des Gottes, der sie so schuf. Der Verantwortungsethiker dagegen rechnet mit eben jenen durchschnittlichen Defekten der Menschen, — er hat, wie Fichte richtig gesagt hat, gar kein Recht, ihre Güte und Vollkommenheit vorauszusetzen, er fühlt sich nicht in der Lage, die Folgen eigenen Tuns, soweit er sie voraussehen konnte, auf andere abzuwälzen. Er wird sagen: diese Folgen werden meinem Tun zugerechnet. „Verantwortlich“ fühlt sich der Gesinnungsethiker nur dafür, daß die Flamme der reinen Gesinnung, die Flamme z. B. des Protestes gegen die Ungerechtigkeit der sozialen Ordnung, nicht erlischt. Sie stets neu anzufachen, ist der Zweck seiner, vom möglichen Erfolg her beurteilt, ganz irrationalen Taten, die nur exemplarischen Wert haben können und sollen.

Aber auch damit ist das Problem noch nicht zu Ende. Keine Ethik der Welt kommt um die Tatsache herum, daß die Erreichung „guter“ Zwecke in zahlreichen Fällen daran gebunden ist, daß man sittlich bedenkliche oder mindestens gefährliche Mittel und die Möglichkeit oder auch die Wahrscheinlichkeit übler Nebenerfolge mit in den Kauf nimmt, und keine Ethik der Welt kann ergeben: wann und in welchem Umfang der ethisch gute Zweck die ethisch gefährlichen Mittel und Nebenerfolge „heiligt“.

Für die Politik ist das entscheidende Mittel: die Gewaltsamkeit, und wie groß die Tragweite der Spannung zwischen Mittel und Zweck, ethisch angesehen, ist, mögen Sie daraus entnehmen, daß, wie jedermann weiß, sich die revolutionären Sozialisten

(Zimmerwalder Richtung) schon während des Krieges zu dem Prinzip bekannten, welches man dahin prägnant formulieren konnte: „Wenn wir vor der Wahl stehen, entweder noch einige Jahre Krieg und dann Revolution oder jetzt Friede und keine Revolution, so wählen wir noch: einige Jahre Krieg!“ Auf die weitere Frage: „Was kann diese Revoliution mit sich bringen?“ würde jeder wissenschaftlich geschulte Sozialist geantwortet haben: daß von einem Übergang zu einer Wirtschaft, die man sozialistisch nennen könne in *seinem* Sinne, keine Rede sei, sondern daß eben wieder eine Bourgeoisiewirtschaft entstehen würde, die nur die feudalen Elemente und dynastischen Reste abgestreift haben könnte. — Für dies bescheidene Resultat also: „noch einige Jahre Krieg“! Man wird doch wohl sagen dürfen, daß man hier auch bei sehr handfest sozialistischer Überzeugung den Zweck ablehnen könne, der derartige Mittel erfordert. Beim Bolschewismus und Spartakismus, überhaupt bei jeder Art von revolutionärem Sozialismus, liegt aber die Sache genau ebenso, und es ist natürlich höchst lächerlich, wenn von dieser Seite die „Gewaltpolitiker“ des alten Regimes wegen der Anwendung des gleichen Mittels *sittlich* verworfen werden, — so durchaus berechtigt die Ablehnung ihrer *Ziele* sein mag.

Hier, an diesem Problem der Heiligung der Mittel durch den Zweck, scheint nun auch die Gesinnungsethik überhaupt scheitern zu müssen. Und in der Tat hat sie logischerweise nur die Möglichkeit: *jedes* Handeln, welches sittlich gefährliche Mittel anwendet, zu *verwerfen*. Logischerweise. In der Welt der Realitäten machen wir freilich stets erneut die Erfahrung, daß der Gesinnungsethiker plötzlich umschlägt in den chiliastischen Propheten, daß z. B. diejenigen, die soeben „Liebe gegen Gewalt“ gepredigt haben, im nächsten Augenblick zur Gewalt aufrufen, — zur *letzten* Gewalt, die dann den Zustand der Vernichtung *aller* Gewaltsamkeit bringen würde, — wie unsere Militärs den Soldaten bei jeder Offensive sagten: es sei die letzte, sie werde den Sieg und dann den Frieden bringen. Der Gesinnungsethiker erträgt die ethische Irrationalität der Welt nicht. Er ist kosmisch-ethischer „Rationalist“. Sie erinnern sich, jeder von Ihnen, der Dostojewski kennt, der Szene mit dem Großinquisitor, wo das Problem treffend aus-

einandergelegt ist. Es ist nicht möglich, Gesinnungsethik und Verantwortungsethik unter einen Hut zu bringen oder ethisch zu dekretieren: welcher Zweck welches Mittel heiligen solle, wenn man diesem Prinzip überhaupt irgendwelche Konzessionen macht.

Der von mir der zweifellosen Lauterkeit seiner Gesinnung nach persönlich hochgeschätzte, als Politiker freilich unbedingt abgelehnte Kollege F. W. Förster glaubt in seinem Buche um die Schwierigkeit herumzukommen durch die einfache These: aus Gutem kann nur Gutes, aus Bösem nur Böses folgen. Dann existierte freilich diese ganze Problematik nicht. Aber es ist doch erstaunlich, daß 2500 Jahre nach den Upanischaden eine solche These noch das Licht der Welt erblicken konnte. Nicht nur der ganze Verlauf der Weltgeschichte, sondern jede rückhaltlose Prüfung der Alltagserfahrung sagt ja das Gegenteil. Die Entwicklung aller Religionen der Erde beruht darauf, daß das Gegenteil wahr ist. Das uralte Problem der Theodicee ist ja die Frage: Wie kommt es, daß eine Macht, die als zugleich allmächtig und gütig hingestellt wird, eine derartig irrationale Welt des unverdienten Leidens, des ungestraften Unrechts und der unverbesserlichen Dummheit hat erschaffen können. Entweder ist sie das eine nicht oder das andere nicht, oder es regieren gänzlich andere Ausgleichs- und Vergeltungsprinzipien das Leben, solche, die wir metaphysisch deuten können oder auch solche, die unserer Deutung für immer entzogen sind. Dies Problem: die Erfahrung von der Irrationalität der Welt war ja die treibende Kraft aller Religionsentwicklung. Die indische Karmanlehre und der persische Dualismus, die Erbsünde, die Prädestination und der Deus absconditus sind alle aus dieser Erfahrung herausgewachsen. Auch die alten Christen wußten sehr genau, daß die Welt von Dämonen regiert sei, und daß, wer mit der Politik, das heißt: mit Macht und Gewaltsamkeit als Mitteln, sich einläßt, mit diabolischen Mächten einen Pakt schließt, und daß für sein Handeln es nicht wahr ist: daß aus Gutem nur Gutes, aus Bösem nur Böses kommen könne, sondern oft das Gegenteil. Wer das nicht sieht, ist in der Tat politisch ein Kind.

Die religiöse Ethik hat sich mit der Tatsache, daß wir in ver-

schiedene, untereinander verschiedenen Gesetzen unterstehende Lebensordnungen hineingestellt sind, verschieden abgefunden. Der hellenische Polytheismus opferte der Aphrodite ebenso wie der Hera, dem Dionysos wie dem Apollon und wußte: sie lagen untereinander nicht selten im Streit. Die hinduistische Lebensordnung machte jeden der verschiedenen Berufe zum Gegenstand eines besonderen ethischen Gesetzes, eines Dharma, und schied sie kastenmäßig für immer voneinander, stellte sie dabei in eine feste Ranghierarchie, aus der es für den Hieringeborenen kein Entrinnen gab, außer in der Wiedergeburt im nächsten Leben und stellte sie dadurch in verschieden große Distanz zu den höchsten religiösen Heilsgütern. So war es ihr möglich, das Dharma jeder einzelnen Kaste, von den Asketen und Brahmanen bis zu den Spitzbuben und Dirnen, den immanenten Eigengesetzlichkeiten des Berufs entsprechend auszubauen. Darunter auch Krieg und Politik. Die Einordnung des Krieges in die Gesamtheit der Lebensordnungen finden Sie vollzogen im Bhagavadgita, in der Unterredung zwischen Krischna und Arduna. „Tue das notwendige" — d. h. das nach dem Dharma der Kriegerkaste und ihren Regeln pflichtmäßige, dem Kriegszweck entsprechend sachlich notwendige — „Werk": das schädigt das religiöse Heil nach diesem Glauben nicht, sondern dient ihm. Indras Himmel war dem indischen Krieger beim Heldentod von jeher ebenso sicher wie Walhall dem Germanen. Nirwana aber hätte jener ebenso verschmäht, wie dieser das christliche Paradies mit seinen Engelchören. Diese Spezialisierung der Ethik ermöglichte der indischen Ethik eine gänzlich ungebrochene, nur den Eigengesetzen der Politik folgende, ja diese radikal steigernde Behandlung dieser königlichen Kunst. Der wirklich radikale „Macchiavellismus" im populären Sinn dieses Wortes ist in der indischen Literatur im Kautaliya Arthasastra, (lange vorchristlich, angeblich aus Tschandva-guptas Zeit), klassisch vertreten; dagegen ist Macchiavellis „Principe" harmlos. In der katholischen Ethik, der Professor Förster sonst nahesteht, sind bekanntlich die „consilia evangelica" eine Sonderethik für die mit dem Charisma des heiligen Lebens begabten. Da steht neben dem Mönch, der kein Blut vergießen und keinen Erwerb suchen darf, der fromme Ritter und Bürger, die, der eine dies,

der andere jenes, dürfen. Die Abstufung der Ethik und ihre Einfügung in einen Organismus der Heilslehre ist minder konsequent als in Indien, mußte und durfte dies auch nach den christlichen Glaubensvoraussetzungen sein. Die erbsündliche Verderbtheit der Welt gestattete eine Einfügung der Gewaltsamkeit in die Ethik als Zuchtmittel gegen die Sünde und die seelengefährdenden Ketzer relativ leicht. — Die rein gesinnungsethischen, akosmistischen Forderungen der Bergpredigt aber und das darauf ruhende religiöse Naturrecht als absolute Forderung behielten ihre revolutionierende Gewalt und traten in fast allen Zeiten sozialer Erschütterung mit elementarer Wucht auf den Plan. Sie schufen insbesondere die radikal-pazifistischen Sekten, deren eine in Pennsylvanien das Experiment eines nach außen gewaltlosen Staatswesens machte, — tragisch in seinem Verlauf insofern, als die Quäker, als der Unabhängigkeitskrieg ausbrach, für ihre Ideale, die er vertrat, nicht mit der Waffe eintreten konnten. — Der normale Protestantismus dagegen legitimierte den Staat, also: das Mittel der Gewaltsamkeit als göttliche Einrichtung absolut und den legitimen Obrigkeitsstaat insbesondere. Die ethische Verantwortung für den Krieg nahm Luther dem einzelnen ab und wälzte sie auf die Obrigkeit, der zu gehorchen in anderen Dingen als Glaubenssachen niemals schuldhaft sein konnte. Der Kalvinismus wieder kannte prinzipiell die Gewalt als Mittel der Glaubensverteidigung, also den Glaubenskrieg, der im Islam von Anfang an Lebenselement war. Man sieht: es ist durchaus *nicht* moderner, aus dem Heroenkult der Renaissance geborener Unglaube, der das Problem der politischen Ethik aufwirft. Alle Religionen haben damit gerungen, mit höchst verschiedenem Erfolg, — und nach dem Gesagten konnte es auch nicht anders sein. Das spezifische Mittel der *legitimen Gewaltsamkeit* rein als solches in der Hand menschlicher Verbände ist es, was die Besonderheit aller ethischen Probleme der Politik bedingt.

Wer immer mit diesem Mittel paktiert, zu welchen Zwecken immer — und jeder Politiker tut das —, der ist seinen spezifischen Konsequenzen ausgeliefert. In besonders hohem Maß ist es der Glaubenskämpfer, der religiöse wie der revolutionäre. Nehmen wir getrost die Gegenwart als Beispiel an. Wer die absolute Ge-

rechtigkeit auf Erden mit *Gewalt* herstellen will, der bedarf dazu der Gefolgschaft: des menschlichen „Apparates". Diesem muß er die nötigen inneren und äußeren Prämien — himmlischen oder irdischen Lohn — in Aussicht stellen, sonst funktioniert er nicht. Also innere: unter der Bedingung des modernen Klassenkampfes Befriedigung des Hasses und der Rachsucht, vor allem: des Ressentiments und des Bedürfnisses nach pseudoethischer Rechthaberei, also des Verlästerungs- und Verketzerungsbedürfnisses gegen die Gegner. Äußere: Abenteuer, Sieg, Beute, Macht und Pfründen. Von dem Funktionieren dieses seines Apparates ist der Führer in seinem Erfolg völlig abhängig. Daher auch von *dessen* — nicht: von seinen eigenen — Motiven. Davon also, daß der Gefolgschaft: der roten Garde, den Spitzeln, den Agitatoren, die er bedarf, jene Prämien *dauernd* gewährt werden können. Was er unter solchen Bedingungen seines Wirkens tatsächlich erreicht, steht daher nicht in seiner Hand, sondern ist ihm vorgeschrieben durch jene ethisch überwiegend gemeinen Motive des Handelns seiner Gefolgschaft, die nur im Zaum gehalten werden, solange ehrlicher Glaube an seine Person und seine Sache wenigstens einen Teil der Genossenschaft: wohl nie auf Erden auch nur die Mehrzahl, beseelt. Aber nicht nur ist dieser Glaube, auch wo er subjektiv ehrlich ist, in einem sehr großen Teil der Fälle in Wahrheit nur die ethische „Legitimierung" der Rache-, Macht-, Beute- und Pfründensucht: — darüber lassen wir uns nichts vorreden, denn die materialistische Geschichtsdeutung ist auch kein beliebig zu besteigender Fiaker und macht vor den Trägern von Revolutionen nicht halt! — sondern vor allem: der traditionalistische *Alltag* kommt nach der emotionalen Revolution, der Glaubensheld und vor allem der Glaube selbst schwindet oder wird — was noch wirksamer ist — Bestandteil der konventionellen Phrase der politischen Banausen und Techniker. Diese Entwicklung vollzieht sich gerade beim Glaubenskampf besonders schnell, weil er von echten *Führern*: Propheten der Revolution, geleitet oder inspiriert zu werden pflegt. Denn wie bei jedem Führerapparat, so auch hier ist die Entleerung und Versachlichung, die seelische Proletarisierung im Interesse der „Disziplin", eine der Bedingungen des Erfolges. Die herrschend gewordene Gefolgschaft eines Glaubens-

kämpfers pflegt daher besonders leicht in eine ganz gewöhnliche Pfründnerschicht zu entarten.

Wer Politik überhaupt und wer vollends Politik als Beruf betreiben will, hat sich jener ethischen Paradoxien und seiner Verantwortung für das, was aus ihm selbst unter ihrem Druck werden kann, bewußt zu sein. Er läßt sich, ich wiederhole es, mit den diabolischen Mächten ein, die in jeder Gewaltsamkeit lauern. Die großen Virtuosen der akosmistischen Menschenliebe und Güte, mochten sie aus Nazareth oder aus Assisi oder aus indischen Königsschlössern stammen, haben nicht mit dem politischen Mittel: der Gewalt, gearbeitet, ihr Reich war „nicht von dieser Welt", und doch wirkten und wirken sie in dieser Welt, und die Figuren des Platon Karatajew und der Dostejewskischen Heiligen sind immer noch ihre adäquatesten Nachkonstruktionen. Wer das Heil seiner Seele und die Rettung anderer Seelen sucht, der sucht das nicht auf dem Wege der Politik, die ganz andere Aufgaben hat: solche, die nur mit Gewalt zu lösen sind. Der Genius, oder Dämon der Politik lebt mit dem Gott der Liebe, auch mit dem Christengott in seiner kirchlichen Ausprägung, in einer inneren Spannung, die jederzeit in unaustragbarem Konflikt ausbrechen kann. Das wußten die Menschen auch in den Zeiten der Kirchenherrschaft. Wieder und wieder lag das Interdikt — und das bedeutete damals eine für die Menschen und ihr Seelenheil weit massivere Macht als die (mit Fichte zu reden) „kalte Billigung" des kantianischen ethischen Urteils — auf Florenz, die Bürger aber fochten gegen den Kirchenstaat. Und mit Bezug auf solche Situationen läßt Macchiavelli in einer schönen Stelle, irre ich nicht: der Florentiner Geschichten, einen seiner Helden jene Bürger preisen, denen die Größe der Vaterstadt höher stand als das Heil ihrer Seele.

Wenn Sie statt Vaterstadt oder „Vaterland", was ja zurzeit nicht jedem ein eindeutiger Wert sein mag, sagen: „die Zukunft des Sozialismus" oder auch der „internationalen Befriedung", — dann haben Sie das Problem in der Art, wie es jetzt liegt. Denn das alles, erstrebt durch politisches Handeln, welches mit gewaltsamen Mitteln und auf dem Wege der Verantwortungsethik arbeitet, gefährdet das „Heil der Seele". Wenn ihm aber mit reiner Gesinnungsethik im Glaubenskampf nachgejagt wird, dann kann

es Schaden leiden und diskrediert werden auf Generationen hinaus, weil die Verantwortung für die Folgen fehlt. Denn dann bleiben dem Handelnden jene diabolischen Mächte, die im Spiel sind, unbewußt. Sie sind unerbittlich und schaffen Konsequenzen für sein Handeln, auch für ihn selbst innerlich, denen er hilflos preisgegeben ist, wenn er sie nicht sieht. „Der Teufel, der ist alt." Und nicht die Jahre, nicht das Lebensalter ist bei dem Satz gemeint: „so werdet alt, ihn zu verstehen". Mit dem Datum des Geburtsscheines bei Diskussionen überstochen zu werden, habe auch ich mir nie gefallen lassen; aber die bloße Tatsache, daß einer 20 Jahre zählt und ich über 50 bin, kann mich schließlich auch nicht veranlassen, zu meinen, das allein wäre eine Leistung, vor der ich in Ehrfurcht ersterbe. Nicht das Alter macht es. Aber allerdings: die geschulte Rücksichtslosigkeit des Blickes in die Realitäten des Lebens, und die Fähigkeit, sie zu ertragen und ihnen innerlich gewachsen zu sein.

Wahrlich: Politik wird zwar mit dem Kopf, aber ganz gewiß nicht nur mit dem Kopf gemacht. Darin haben die Gesinnungsethiker durchaus recht. Ob man aber als Gesinnungsethiker oder als Verantwortungsethiker handeln soll, und wann das eine und das andere, darüber kann man niemandem Vorschriften machen. Nur eins kann man sagen: wenn jetzt in diesen Zeiten einer, wie Sie glauben, nicht „sterilen" Aufgeregtheit — aber Aufgeregtheit ist eben doch und durchaus nicht immer echte Leidenschaft —, wenn da plötzlich die Gesinnungspolitiker massenhaft in das Kraut schießen mit der Parole: „die Welt ist dumm und gemein, nicht ich, die Verantwortung für die Folgen trifft nicht mich, sondern die andern, in deren Dienst ich arbeite, und deren Dummheit oder Gemeinheit ich ausrotten werde", so sage ich offen: daß ich zunächst einmal nach dem Maße des inneren Schwergewichts frage, was hinter dieser Gesinnungsethik steht, und den Eindruck habe: daß ich es in neun von zehn Fällen mit Windbeuteln zu tun habe, die nicht real fühlen, was sie auf sich nehmen, sondern sich an romantischen Sensationen berauschen. Das interessiert mich menschlich nicht sehr und erschüttert mich ganz und gar nicht. Während es unermeßlich erschütternd ist, wenn ein reifer Mensch — einerlei ob jung oder alt an Jahren —, der diese

Verantwortung für die Folgen real und mit voller Seele empfindet und verantwortungsethisch handelt, an irgendeinem Punkte sagt: „ich kann nicht anders, hier stehe ich". Das ist etwas, was menschlich echt ist und ergreift. Denn diese Lage muß freilich für jeden von uns, der nicht innerlich tot ist, irgendwann eintreten können. Insofern sind Gesinnungsethik und Verantwortungsethik nicht absolute Gegensätze, sondern Ergänzungen, die zusammen erst den echten Menschen ausmachen, den, der den „Beruf zur Politik" haben kann.

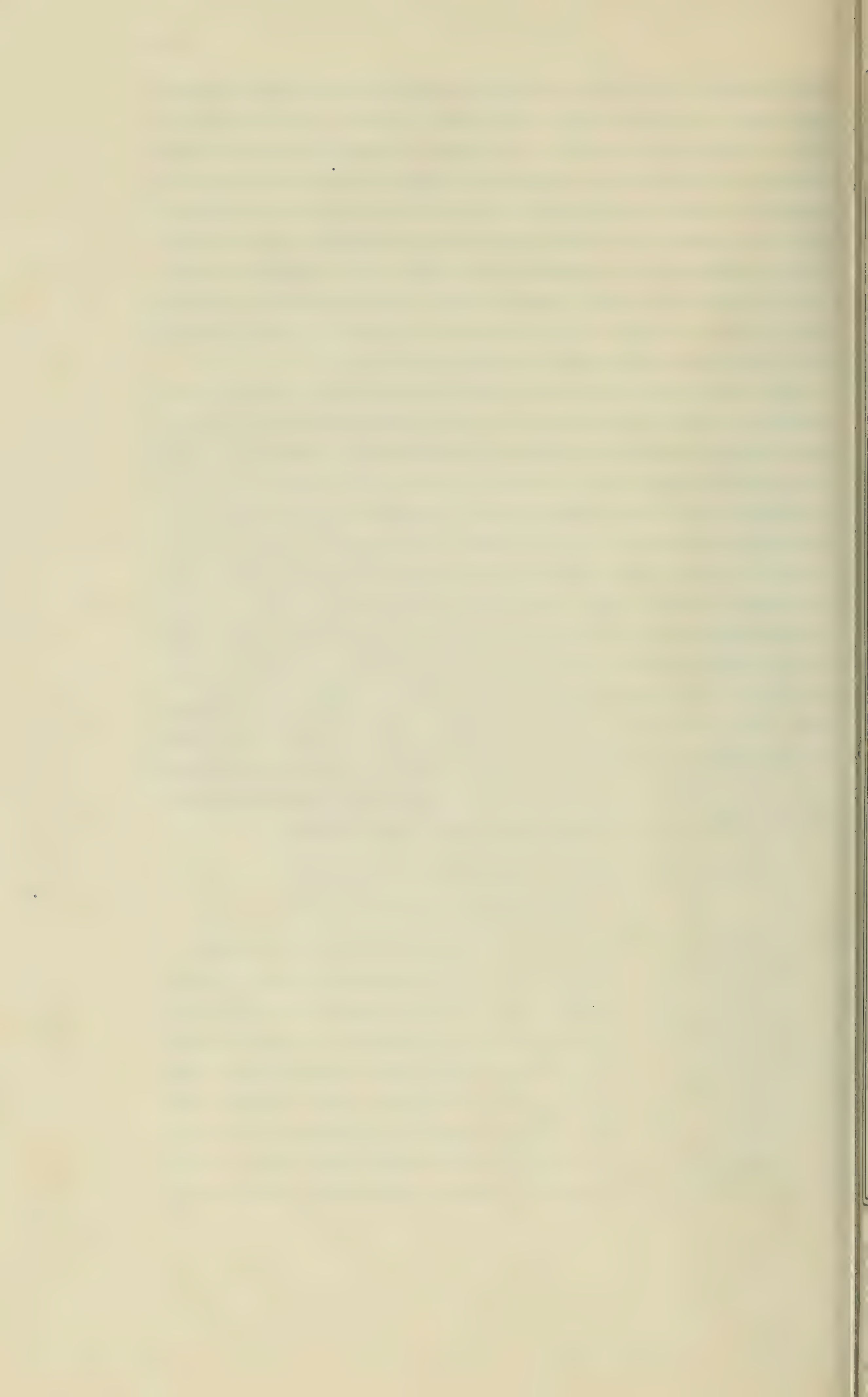
Und nun, verehrte Anwesende, wollen wir uns nach zehn Jahren über diesen Punkt einmal wieder sprechen. Wenn dann, wie ich leider befürchten muß, aus einer ganzen Reihe von Gründen, die Zeit der Reaktion längst hereingebrochen und von dem, was gewiß viele von Ihnen und, wie ich offen gestehe, auch ich gewünscht und gehofft haben, wenig, vielleicht nicht gerade nichts, aber wenigstens dem Scheine nach wenig in Erfüllung gegangen ist — das ist sehr wahrscheinlich, es wird mich nicht zerbrechen, aber es ist freilich eine innerliche Belastung, das zu wissen —, dann wünschte ich wohl zu sehen, was aus denjenigen von Ihnen, die jetzt sich als echte „Gesinnungspolitiker" fühlen und an dem Rausch teilnehmen, den diese Revolution bedeutet, — was aus denen im inneren Sinne des Wortes „geworden" ist. Es wäre ja schön, wenn die Sache so wäre, daß dann Shakespeares 102. Sonett gelten würde:

> Damals war Lenz und unsere Liebe grün,
> Da grüßt' ich täglich sie mit meinem Sang,
> So schlägt die Nachtigall in Sommers Blühn —
> Und schweigt den Ton in reifrer Tage Gang.

Aber so ist die Sache nicht. Nicht das Blühen des Sommers liegt vor uns, sondern zunächst eine Polarnacht von eisiger Finsternis und Härte, mag äußerlich jetzt siegen welche Gruppe auch immer. Denn: wo nichts ist, da hat nicht nur der Kaiser, sondern auch der Proletarier sein Recht verloren. Wenn diese Nacht langsam weichen wird, wer wird dann von denen noch leben, deren Lenz jetzt scheinbar so üppig geblüht hat? Und was wird aus Ihnen allen dann innerlich geworden sein? Verbitterung oder Banausentum, einfaches stumpfes Hinnehmen der Welt und des

Berufes oder, das dritte und nicht seltenste: mystische Weltflucht bei denen, welche die Gabe dafür haben, oder — oft und übel — sie als Mode sich anquälen? In jedem solchen Fall werde ich die Konsequenz ziehen: die sind ihrem eigenen Tun nicht gewachsen gewesen, nicht gewachsen auch der Welt, so wie sie wirklich ist, und ihrem Alltag: sie haben den Beruf zur Politik, den sie für sich in sich glaubten, objektiv und tatsächlich im innerlichsten Sinn nicht gehabt. Sie hätten besser getan, die Brüderlichkeit schlicht und einfach von Mensch zu Mensch zu pflegen und im übrigen rein sachlich an ihres Tages Arbeit zu wirken.

Die Politik bedeutet ein starkes langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich. Es ist ja durchaus richtig, und alle geschichtliche Erfahrung bestätigt es, daß man das Mögliche nicht erreichte, wenn nicht immer wieder in der Welt nach dem Unmöglichen gegriffen worden wäre. Aber der, der das tun kann, muß ein Führer und nicht nur das, sondern auch — in einem sehr schlichten Wortsinn — ein Held sein. Und auch die, welche beides nicht sind, müssen sich wappnen mit jener Festigkeit des Herzens, die auch dem Scheitern aller Hoffnungen gewachsen ist, jetzt schon, sonst werden sie nicht imstande sein, auch nur durchzusetzen, was heute möglich ist. Nur wer sicher ist, daß er daran nicht zerbricht, wenn die Welt, von seinem Standpunkt aus gesehen, zu dumm oder zu gemein ist für das, was er ihr bieten will, daß er all dem gegenüber: „dennoch!" zu sagen vermag, nur der hat den „Beruf" zur Politik.



ANZEIGEN

DES VERLAGES

DUNCKER & HUMBLOT

MÜNCHEN



ALTENBURG, THÜR.
PIERERSCHE HOFBUCHDRUCKEREI
STEPHAN GEIBEL & CO.

